Nr. 267. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 14. November 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Erhebungen über Arbeitslosigkeit.

Die preußische Regierung hat kürzlich eine Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit angekündigt. Wir haben sogleich erklärt, daß diese Bemühung der Regierung wertlos bleiben müsse, da weder eine gründliche statistische Aufnahme noch eine Heranziehung der Arbeiterschaft in Aussicht genommen sei. Unsre Voraussage erfüllt sich vollauf, wie eine höchst interessante Zuschrift beweist, die wir aus Halle erhalten. Von dort wird uns geschrieben:

„Der Regierung ist offiziell von einem Notstand nichts bekannt," erwiderte im Jahre 1894 der damalige Vicepräsident des Staatsministeriums, Staatssekretär v. Bötticher, unsren Parteigenossen im Reichstage, als diese die Regierung interpellierten, was sie angesichts der großen Arbeitslosigkeit und des dadurch unter den Arbeitern hervorgerufenen Elends zu thun gedenke. Das war vor 7 Jahren. Herr v. Bötticher erholt sich jetzt von den Mühen des Klebeministeriums als Oberpräsident der Provinz Sachsen, während der jetzige Notstand, die gegenwärtige Arbeitslosigkeit sicherlich noch umfangreicher sind als damals. Aber auch der Oberpräsident Bötticher sorgt dafür, daß der Regierung offiziell möglichst wenig von einem Notstand bekannt wird. Er berief nämlich auf Dienstagvormittag in Ausführung der vor 14 Tagen erlassenen ministeriellen Verordnung nach Halle eine Konferenz der Regierungspräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister der größeren Städte, Eisenbahndirektions-Präsidenten, Vorsitzenden der Landwirtschafts- und der Handelskammer, Großindustriellen und Großkaufleute ein, um sich bezw. die Regierung über den Notstand zu unterrichten.

Die Konferenz war als eine vertrauliche einberufen worden, „damit — nach den Worten des Herrn Oberpräsidenten v. Bötticher — **die Arbeiter sich nicht zu großen Hoffnungen über die ihnen zu teil werdende Hilfe hingeben**". Durch die Beratung sollte zunächst Aufschluß über den Umfang der stattgefundenen Entlassungen gegeben, ferner Vorschläge zur Bekämpfung beziehungsweise Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit gemacht werden; jedoch beschäftigte sich die Konferenz fast ausschließlich mit dem ersten Teil ihrer Tagesordnung.

Es klingt nun geradezu wie eine Verhöhnung der Notstands-Beratungen, wenn man die Thatsache feststellen muß, daß fast sämtliche Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister sich krampfhaft bemühten, die Verhältnisse in möglichst günstigem Lichte darzustellen. Von zahlreichen Arbeiterentlassungen könne nicht die Rede sein, die Handwerker seien sogar in der Lage, ihre Arbeiter voll zu beschäftigen. Von den 2000 kürzlich in einer Arbeitslosen-Versammlung in Magdeburg Erschienenen, so führte der Regierungspräsident von Magdeburg an, seien mindestens 1500 Saisonarbeiter und nur ein geringer Bruchteil von den restlichen 500 könne als wirklich arbeitslos gelten. Der Oberbürgermeister von Halle erklärte, die Zahl der Arbeitslosen sei nicht höher als 1894/95 und der Hallesche Magistrat werde in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung für Erdarbeiten 36 000 M. fordern, damit komme man über die Arbeitslosenzeit gut hinweg. Dabei hat erst dieser Tage die Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes in Halle festgestellt, daß in Halle allein 1200 Metallarbeiter arbeitslos sind. Ein Mann des Fortschritts ist sicherlich der Oberbürgermeister von Nordhausen. Er kündigte die Wiedereinstellung der noch ausständigen Tabakarbeiter seitens der Fabrikanten an; sonst seien nur Italiener in Nordhausen arbeitslos und diese führte uns leider die Bahn zu." also schaffen wir die Bahnen ab! Diese selbe socialpolitische Weisheit bekundete übrigens auch der Vertreter der Landwirtschaftskammer, Major Busse-Tschortau: „Die Bahnen führen uns die Arbeiter vom Lande weg. Hier muß der Eisenbahnminister eingreifen. Und wenn es Thielen nicht thut, dann haben wir wenigstens den Trost, daß er nicht immer Eisenbahnminister bleiben wird."

Ueberall dasselbe Bild: Es ist alles gut und schön, ein Notstand existiert nicht, Entlassungen sind nur in ganz minimalem Umfange erfolgt.

Als jedoch die Industriellen zu Worte kamen, erlitt der blendende Spiegel vorübergehend eine kleine Trübung. Direktor Riedel von der Halleschen Maschinenfabrik widerlegte durch einige Zahlenbeweise die Herren Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister. In seinem Etablissement seien in den letzten Jahren durchgängig pro Woche 16 bis 17 000 Mark an Löhnen ausgezahlt worden, jetzt werden **höchstens 7000 M.** verausgabt. Das lasse einen Schluß auf die Zahl der Entlassenen zu. Aehnlich äußerte sich Kommerzienrat Klaus von Thale. Nur Specialfabriken hätten noch genügende Beschäftigung, alle andren Fächer in der Metallbranche leiden an Mangel an Aufträgen. **Wenn der neue Zolltarif angenommen** und die Börsengesetzgebung nicht geändert wird, **gehen wir schweren Zeiten entgegen.**

Die Ausführungen der Industriellen hinderten jedoch nicht, daß Herr v. Bötticher schließlich das Resultat der Konferenz in die Worte faßte, daß „von übermäßig zahlreichen Arbeiterentlassungen nicht die Rede sein könne".

Nach einer Aussprache von voll zwei Stunden war das Arbeitslosigkeitsproblem gelöst und die 30 Herren nahmen im Grand-Hotel Bode ein Notstandsmahl ein, zu welchem sie vom Oberpräsidenten v. Bötticher geladen worden waren."

Nicht viel anders werden die von der preußischen Regierung angeordneten „Erhebungen" in den übrigen Provinzen durchgeführt werden. Daraufhin ist die Regierung des Grafen Bülow genügend vorbereitet.

Und die Arbeiter Deutschlands sind gleichfalls genügend orientiert über das, was sie von der Regierung des Grafen Bülow im Kampfe gegen die Arbeitslosennot zu gewärtigen haben, von dieser Regierung, deren unablässig heißes Bemühen darauf gerichtet ist, das Brot des Arbeiters schmählichst zu verteuern, die aber für das grimmige Elend der Arbeitslosigkeit nichts hat als lächerliche Scheinerhebungen.

„Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!" — sagte vor wenigen Jahren Herr v. Bötticher vor einer Deputation der rheinischen Großbourgeoisie. Der Herr Oberpräsident und seine Regierung arbeiten auch heute noch wirklich nur für sie! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. November.

Der Wuchertarif.

Wie zu erwarten war, hat der Bundesrat am Dienstag den Wuchertarif, wie ihn seine Ausschüsse in engster Anlehnung an die Vorlage der Reichsregierung fertiggestellt hatten, genehmigt. Die Industriezoll-Erhöhungen, die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle, der Mindesttarif für die Getreide-Arten, der ganze Wucher ist Beschluß der Vertretungen der Bundesregierungen geworden.

In drei Stunden ist das große Werk vollbracht worden. Die Erörterung, so weit von einer gründlichen Erörterung so wichtiger Fragen in so geringer Zeitspanne gesprochen werden darf, bewegte sich besonders um die Frage der Mindestzölle und des Inkrafttretens des Tarifs. In beiderlei Beziehungen wurde eine Aenderung nicht beschlossen; die agrarischen Mindestzölle bleiben und es bleibt die den extremen Agrariern abholde Bestimmung, daß das Inkrafttreten des Tarifs der kaiserlichen Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats vorbehalten bleibt.

Der Entwurf wurde mit großer Mehrheit angenommen. Gegen den Mindestzoll haben einige Bundesstaaten, darunter Baden und die Hansastädte gestimmt.

Nun geht die Vorlage der Auswucherung von der Regierungsvertretung an den Reichstag. Wurde er dort in drei Stunden erledigt, so wird er hier **gründlichst** behandelt werden!

*

Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet:

„Es wird uns bestätigt, daß auf Veranlassung des Reichskanzlers die Drucklegung des Zolltarif-Entwurfs nebst Begründung nach Möglichkeit beschleunigt wird, damit die betreffenden Materialien den Mitgliedern des Reichstags, wenn angängig, noch vor dessen Zusammentritt zur Verfügung gestellt werden können. Inwiefern dies technisch durchführbar ist, läßt sich allerdings noch nicht übersehen." —

Die Ohnmacht des Haager Schiedsgerichts.

Am 20. November wird eine Sitzung des Verwaltungsrates des Haager Schiedsgerichts stattfinden, die sich mit dem Antrag der Boerenmission, das Schiedsgericht mit der Schlichtung des südafrikanischen Konflikts zu betrauen, befassen wird. Den Beschluß des Verwaltungsrates kann man ohne Prophetengabe getrost voraussagen. Man wird sich für inkompetent erklären, in der Sache irgend etwas zu thun. Und man wird für diesen heroischen Entschluß dem Verwaltungsrat, der aus den im Haag beglaubigten diplomatischen Vertretern der Signaturmächte, mit dem niederländischen Minister des Aeußeren als Vorsitzenden, besteht, nicht den mindesten Vorwurf machen dürfen, denn nicht von dem guten oder bösen Willen des Verwaltungsrats hängt der Beschluß ab, sondern von der Unzulänglichkeit des ganzen Schiedsgerichtsapparats.

Der Verwaltungsrat hat zunächst keinerlei schiedsrichterliche oder sonstige Kompetenzen. Es ist eine Verwaltungsbehörde, die lediglich die Bureau-Arbeiten und die Korrespondenz für den von den Mächten auf 6 Jahre gewählten ständigen Schiedsgerichtshof zu erledigen hat. Aber auch der Schiedsgerichtshof führt nur ein negatives, durchaus passives Dasein.

Er hat sich in Streitigkeiten absolut nicht zu mischen. Erst wenn es zwei „Mächten gefällt, einen Streitfall vor dem „internationalen Schiedsgericht" zum Austrag bringen zu lassen, tritt er in Aktion, d. h. derjenige Teil seiner Mitglieder, der von den betreffenden Parteien zum Schiedsrichteramt auserkoren worden ist. Bis jetzt hat das Richterkollegium faule Tage gehabt, keine Macht hat, trotz der Kriege an allen Ecken und Enden, noch daran gedacht, das beschauliche Richterdasein der Herren Schiedsrichter störend zu unterbrechen. Ein internationaler Staatsanwalt, der die Parteien vor den Kadi citierte, fehlt leider, und da die hadernden Mächte durch die Haager Konvention nur dem moralischen, nicht aber dem gesetzlichen und physischen Zwange unterworfen sind, ihre Streitigkeiten vor einem Gerichtshof zum Austrag zu bringen, erledigt man seine Händel nach wie vor auf dem durch die Tradition geheiligten Wege des Faustkampfes, bei dem nicht das Recht, sondern das Recht des Stärkeren zur Geltung kommt.

Der Artikel 2 der Konvention macht es zwar den Mächten in jedem Streitfall zur „Pflicht", vor der Anwendung der Waffengewalt die Vermittlung der andren Mächte anzurufen, wie er es umgekehrt, auch den unbeteiligten Mächten zur Pflicht macht, ihre Vermittelung in solchem Falle anzubieten, allein von derartigen Vermittelungsversuchen ist, von den Boeren abgesehen, im südafrikanischen Kriege noch niemals ernsthaft die Rede gewesen. Ferner erklären es im Artikel 27 der Konvention die Signaturmächte für ihre Pflicht, beim Ausbruch eines Streites die beteiligten Mächte auf die Existenz des Schiedsgerichtshofs aufmerksam zu machen, allein auch nach dieser Richtung hin ist nichts geschehen. Und wenn auch, England würde die Mahnung einfach ignoriert haben.

Zweifellos ist aber, daß der famose Verwaltungsrat mit bedauerndem Achselzucken seine Impotenz, irgend etwas zu thun, beteuern wird. Das ganze Schiedsgericht ist eben eine groteske Totgeburt, ein Hohn auf jede ernsthafte Friedensbestrebung. —

Ein Referendum über Millerand.

Paris, 12. November. (Eig. Ber.)

Die Eiterbeule am Leibe des französischen Socialismus, zu welcher die Millerand-Frage schon seit langem geworden war, erregt wieder einmal akute Fiebererscheinungen.

Auf dem Lyoner Kongreß hatte es die Mehrheit leider versäumt, noch in elfter Stunde die Eiterbeule mit dem chirurgischen Messer auszuschneiden. Millerand wurde nicht „außerhalb der Partei" gestellt, sondern „außerhalb der Kontrolle der Partei". Daher nutzte es wenig, daß die Lyoner Resolution zugleich erklärte, Millerand hätte niemals die socialistische Partei in der Regierung vertreten. Man schuf bloß — nach Baillants treffendem Ausdruck — eine neue Sorte von „Socialisten im Urlaub", deren öffentliche Thätigkeit der Parteikontrolle nicht untersteht, ohne daß sie deshalb aus der Partei ausgeschlossen zu werden brauchen. Die Verfehltheit des Lyoner Beschlusses lastete unaufhörlich auf dem Generalkomitee bezw. auf der aus dem Lyoner Kongreß hervorgegangenen „Französischen Socialistischen Partei", trotzdem das neue Komitee, dem auch die Blanquisten nicht mehr angehörten, seine Thätigkeit mit einem principiell antiministerialistischen Manifest begann. Jede weitere antiproletarische Handlung und Unterlassung des Ministeriums und des „beurlaubten" Handelsministers mußten dem Ansehen des Generalkomitees in wachsendem Maße Abbruch thun — umsomehr, als sich solche Handlungen und Unterlassungen immer mehr anhäufen, für die Regierung des „Socialisten im Urlaub" geradezu charakteristisch zu werden beginnen.

Dazu gesellen sich noch zwei Umstände, unter denen das Generalkomitee schwer zu leiden hat, ohne bisher dagegen Abhilfe schaffen zu können. Erstens enthält der um das Komitee gruppierte Teil der socialistischen Kammerfraktion bis heute eine gewisse Anzahl unentwegt-ministerieller Abgeordneter. Die Abstimmungen dieses Fraktionsteils sind daher meist gespalten, sobald die Ministerfrage in Betracht kommt, während hingegen die antiministerielle socialistische Kammerfraktion einheitlich stimmt.

Noch verhängnisvoller aber ist der Umstand, daß das Generalkomitee kein eignes Zeitungsorgan hat. Das Komitee leidet aber nicht nur, weil es schweigen muß, sondern auch deshalb, weil andre reden und schweigen, weil die ihm für seine offiziellen Ankündigungen zur Verfügung stehende Zeitung, die „Petite République", unentwegt ministeriell redet und insbesondere — schweigt. In den Augen des großen Publikums wird nun dieses Organ der ministeriellen und ministerialistischen Minderheit nur zu leicht als das Organ des Komitees betrachtet.

Nach dem Gesagten ist es begreiflich, daß die in Lyon umgangene Millerand-Frage notwendig wieder auftauchen mußte. An Anläßen läßt es ja der „Socialist im Urlaub" nicht fehlen. Seine — man muß sagen — ostentative Teilnahme an dem Zarenempfang hat nun den Geduldsfaden derjenigen zerrissen, die in Lyon trotz ihres Antiministerialismus mit der Mehrheit gestimmt hatten aus organisatorischen, formalen oder sentimentalen Rücksichten.

Genosse Amilcare Cipriani, der im Generalkomitee die Föderation des Departements Loir-et-Cher vertritt, beantragte den Ausschluß Millerands. Die Begründung dieses Antrages wurde ihm desto leichter, als ja das Generalkomitee in seinem Manifest gegen den Zarenbesuch die Socialisten aufgefordert hatte, den „erniedrigenden" Empfangs-Schaustellungen zu Ehren des russischen Despoten fern zu bleiben, und den socialistischen Abgeordneten aufgegeben hatte, jeden Kredit für den Zarenempfang zu verwerfen „auf die Gefahr hin, widrigenfalls sich in den Augen des revolutionären Proletariats zu entwürdigen". Cipriani erinnert nun an dieses Manifest, zählt das lange Sündenregister Millerands auf, der schließlich „schmählich vor dem Zaren auf dem Bauche kroch und die Ehrenzeichen und Orden der Schlächter aller Länder angenommen hat." Das Generalkomitee müsse einen energischen Entschluß fassen, „wenn es nicht die Achtung der socialistischen Kämpfer verlieren will". Millerand müsse „endgültig aus unsrer Partei fortgejagt werden; um zugleich aber zu verhindern, daß man mit unsrer Sache fortfährt, ein Jongleur-Spiel zu treiben, sie von ihrem wirklichen Ziel ablenkend", sollen in Zukunft auch diejenigen ausgeschlossen werden, „die darin beharren werden, Millerand zu verteidigen und zu unterstützen". Zum Schluß verweist Cipriani darauf, daß nur der Ausschluß Millerands den Austritt einiger Föderationen aus der Partei verhindern würde....

Cipriani blieb mit seinem Antrag nicht allein. In mehr oder minder abgeschwächter Form verlangten dasselbe einige andere Anträge.

Die allemanistischen Delegierten beantragten, ohne speciell Millerand zu nennen, die „Brandmarkung" und den „immerwährenden Ausschluß aus der socialistischen Partei" aller derer, die irgendwie am Zarenempfang sich beteiligt haben.

Genosse Bierne, einer der Delegierten der „Revolutionär-Socialistischen Föderation", stellte folgenden Antrag: „In Erwägung, daß Genosse (citoyen, schrieb aus Gewohnheit der Antragsteller) Millerand, der außerhalb der Partei gestellt worden ist, nicht mehr der Partei angehört, daß daher gegen ihn nicht vorgegangen werden kann, geht das Generalkomitee zur Tagesordnung über."

Genosse Renaudel, Departement der Unteren Seine, einer der ursprünglichen Unterzeichner der Lyoner Resolution Delaporte, die sich gegen Millerand richtete, suchte in einer langen Resolution den Lyoner Beschluß, dem auch er schließlich zugestimmt hatte, nachträglich noch zu rechtfertigen und sodann zwischen den persönlichen Handlungen Millerands und denen des Gesamtministeriums zu unterscheiden. Danach wäre Millerand für die ersteren, trotz des Lyoner Beschlusses, doch vor der Partei verantwortlich, also auch für seine Teilnahme am Zarenempfang, wodurch „er die letzten Bande, die ihn an die socialistische Partei knüpften, wie es scheint, selber hat zerreißen wollen". Aus diesem Grunde soll Millerand „nicht mehr in die socialistische Partei aufgenommen werden". Uebrigens überließ Renaudel die Bestätigung dieses Beschlusses dem nächsten Parteitag.

Die lediglich Vertagung der Frage bis zum Parteitage, der am 2. März 1902 in Tours eröffnet wird, beantragte schließlich eine Resolution der Genossen Revelin und Rappoport, die überdies im allgemeinen von „Socialisten, die sich am Zarenempfang beteiligten", spricht, ohne Millerand zu nennen.

Schließlich gab es auch einen „logisch"-ministerialistischen Antrag von Gérault-Richard, dem Chefredacteur der „Petite République", und Genossen, der kraft des Lyoner Beschlusses den „einfachen Uebergang zur Tagesordnung" verlangte. Ja, das ist logisch. Aber man denkt dabei an das Dichterwort: „Im Wahnsinn liegt Methode". Dadurch wird bloß der Lyoner Beschluß von seinen treuesten Anhängern ad absurdum geführt, als ein Freibrief für die socialistenfeindlichsten Unthaten des „Genossen im Urlaub" hingestellt. Dadurch wird aber auch offenkundig, daß Millerands Freunde bereits auch selbst die Fühlung mit dem klassenbewußten Proletariat verloren haben . . .

In formaler Beziehung und nur in dieser konnte man den Lyoner Beschluß den Anträgen entgegenstellen, die die Entscheidung des Generalkomitees verlangten. Das Komitee hat daher die Entscheidung der Urabstimmung überlassen, ohne erst den Parteitag abzuwarten.

Hoffentlich fällt die Entscheidung so aus, daß auch die „Franz. Socialistische Partei" nicht mehr für Millerand verantwortlich gemacht werden kann. Sonst drohen ihr weitere Absplitterungen; wo nicht Schlimmeres. . . Der nächste Parteitag wäre wieder vom Kampf um Millerand ausgefüllt, um einen Menschen, der m. E. auch innerlich mit dem Socialismus bereits gebrochen haben muß! —

Lord Salisburys Rede.

London, 11. November. (Eig. Ber.)

Die Achtung, deren Lord Salisbury sich in England erfreut, ist ungemein groß. Sonst wären die Preßurteile über seine mit Ungeduld erwartete Rede ganz anders ausgefallen. Volle Zustimmung haben seine Worte indes nirgends gefunden. Im Grunde genommen waren sie nur ein Appell an die Nation, der Regierung das bisher geschenkte Vertrauen nicht zu entziehen und auf einer Rekonstruktion des Ministeriums nicht zu bestehen. Fehler habe die Regierung wohl begangen, indem sie den südafrikanischen Feldzug mit den civilisierten Kriegen Europas verglichen habe, wo die Eroberung der Hauptstädte, der politischen Centren, den Zusammenbruch der feindlichen Widerstandskraft bedeute.

Es ist merkwürdig, daß Salisbury den Grundunterschied zwischen dem südafrikanischen und irgend einem andern europäischen Kriege des letzten Jahrhunderts übersehen hat. Der Unterschied liegt keineswegs in der Verschiedenheit der Kulturstufen, sondern darin, daß europäische Kriege sich meistenteils gegen die Regierung eines Landes richten, während der südafrikanische Feldzug gegen eine Nation gerichtet ist. Würde sich England begnügt haben, die Regierung Transvaals zu bestrafen und dem Volke das Land zu lassen, so wäre der Krieg schon längst zu Ende gewesen. Die Nichtbeachtung dieses Unterschiedes war auch des Lord Roberts Verhängnis. Er glaubte, einen politischen Krieg zu führen und richtete seine Taktik auf die Eroberung der Hauptstädte ein; er sah nicht, daß im Momente, wo er im Auftrage der englischen Regierung die Annexion des Oranjestaates aussprach, der Krieg in eine ganz neue Phase eintrat. Aus dem politischen ist ein nationaler Krieg geworden, wo nicht mehr die Taktik des Umgehens und Verjagens, sondern die Vernichtung des Feindes die Hauptaufgabe sein mußte. In seinen Berichten sprach Kitchener oft seine Verwunderung darüber aus, daß gerade jene Elemente, die sich Krüger und dem Ultimatum widersetzt hatten, jetzt am längsten in bitterer Feindschaft verharrten. Nach dem Dargelegten ist dies gar kein Wunder. Auch sie waren mit der Regierung von Transvaal nicht zufrieden und glaubten Krüger nicht, daß England auf die Eroberung der Republiken ausginge. Die Annexion hat sie aufs bitterste enttäuscht. Sie sahen, daß Krüger recht hatte und kämpfen nun um so verzweifelter. —

Ueber die Rede Salisburys bemerkt ein Leitartikel der „Times": Wir gestehen, daß uns seine Worte etwas dunkel sind. Er beruft sich auf Autoritäten, die ihm mitteilten, daß wir monatlich und wöchentlich bedeutende Fortschritte machten. Ist das alles? Es würde unsren Zweifel vielleicht beseitigt haben, wenn er uns über das Tempo dieses Fortschrittes etwas Näheres mitgeteilt hätte." Im übrigen sprechen auch die „Times" ihr Vertrauen zu Salisbury aus und lehnen den Gedanken einer ministeriellen Rekonstruktion entschieden ab.

Die „Daily Chronicle" erklärt, die Rede zeige, daß der Premierminister zum großen Teile die Fühlung mit der Union verloren habe. Das Land wolle von ihm die Grundlinien einer neuen, energischen Politik hören; er gab ihm nur eine Vorlesung.

Scharf klingt die Kritik der „Daily News", die in der Guildhall-Rede nur die schwache, gebrochene Stimme eines niedergehenden Staatsmannes vernimmt. Er hätte sonst schon längst Mr. Chamberlain verhindern müssen, Südafrika zu ruinieren und England in eine politische und wirtschaftliche Krise zu treiben. —

* * *

Deutsches Reich.

„Nun den Kriegern ihre Orden!"

In einer humoristischen Anwandlung hatte gelegentlich des Stuttgarter Hunnenprozesses gegen den „Wahren Jacob" der Staatsanwalt dem Dichter des Hunnenliedes den Rat gegeben, statt auf geworden — morden zu reimen, lieber den wohlgefälligeren und auch passenden Vers zu gebrauchen: „Nun den Kriegern ihre Orden."

Der poetische Vorschlag des Staatsanwalts hat eine sehr merkwürdige Erfüllung in einem Falle gefunden, über den die „Münch. Post" sehr bedeutsame Einzelheiten mitteilt.

Im März 1901 veröffentlichte unser Münchener Partei-Organ zwei Hunnenbriefe, die über die unmenschliche Behandlung Klage führten, die Soldaten des Expeditionscorps seitens des Hauptmanns v. Feilitzsch zu erdulden hatten.

Der bayrische Kriegsminister glaubte so wenig an das Märchen von der Luzerner Hunnenbrief-Fabrik, an die socialdemokratischen Fälschungen und die vorschriftswidrigen Renommistereien der Khakileute, daß er die Briefe zum Anlaß einer ernsthaften Untersuchung nahm. Die Folge war, daß der Kriegsminister auf die ferneren Dienste des Hauptmanns v. Feilitzsch in der bayrischen Armee verzichtete. Dafür aber nahm der Fall Feilitzsch in Preußen einen wesentlich andren Verlauf: Der Ankläger und Briefschreiber wurde verhaftet, und der Beklagte und vom bayrischen Kriegsminister für schuldig Befundene erhielt den — roten Adlerorden.

Der eingehenden Darstellung der „Münchener Post" sei das Folgende entnommen:

Hauptmann v. Feilitzsch, gegen den Untersuchung eingeleitet wurde, forschte zunächst nach dem Briefschreiber, der sich auch sofort freiwillig meldete. Als der Kommandeur des bayrischen Chinabataillons, Major Graf Montgelas, an die versammelte 6. Compagnie die Frage richtete, wer von dem Hauptmann Feilitzsch mißhandelt worden sei, da traten 35 Mann vor, die Mißhandlungen erlitten hatten. Hauptmann v. Feilitzsch wurde darauf von dem in Paotingfu zusammengetretenen Kriegsgericht, wie man hört, zu vier Wochen Stubenarrest verurteilt. Damit war die Angelegenheit noch lange nicht erledigt, insbesondere hatte sie für den Briefschreiber noch ein kleines Nachspiel im Gefolge. Der Mann wurde nämlich wegen **„Beleidigung eines Vorgesetzten" in Untersuchung gezogen,** die zur Zeit der Rückkehr in die Heimat noch anhängig war. Bei der Ausschiffung der Truppen in Wilhelmshaven wurde der Briefschreiber in **Haft genommen** und unter militärischer Eskorte zum Garde-Füsilier-Regiment nach Berlin abgeführt, allwo er neun Tage lang gefangen gehalten wurde. Den Angaben, die der Mann bei seinen Vernehmungen machte, daß er nämlich in den veröffentlichten Briefen nichts als die reine Wahrheit berichtet habe, schenkte man ursprünglich nur geringen Glauben, bis diese Angaben durch die weiteren Erhebungen in ihrem ganzen Umfange bestätigt wurden. Nach neuntägiger Untersuchungshaft wurde der Mann endlich in Freiheit und außer Verfolgung gesetzt.

Wie sehr durch den Hauptmann v. Feilitzsch die Disciplin in der Compagnie, deren Chef er war, untergraben wurde, das zeigt mit genügender Deutlichkeit ein Vorfall, der von heimgekehrten Chinakriegern erzählt wird. Gelegentlich eines Streifzuges erhielt Hauptmann v. Feilitzsch von dem Bataillonskommandeur Graf Montgelas den Befehl, mit seiner Compagnie ein von Chinesen besetztes Dorf zu räumen. Doch Hauptmann v. Feilitzsch erklärte, er werde nicht mehr vor die Front seiner Compagnie reiten. Auf die Frage des Majors Graf Montgelas, was das bedeuten solle, entgegnete Hauptmann v. Feilitzsch, er habe in seine eignen Ohren gehört, daß die erste Kugel für ihn bestimmt sei.

Eines steht unerschütterlich fest: Hauptmann v. Feilitzsch ist nicht wieder in den bayerischen Heeresverband aufgenommen worden. Der Grund aber, warum Herr v. Asch dem Hauptmann v. Feilitzsch den Wiedereintritt in die bayrische Armee verwehrte, ist in dem Verhalten des letzteren in China zu suchen. Unter diesen Umständen muß die Verleihung des roten Adlerordens an den Hauptmann v. Feilitzsch doppelt überraschen.

Die Angelegenheit verdient nach verschiedener Richtung hin die ernsteste Aufmerksamkeit. Sie zeigt nicht nur, welches Verdienst sich die socialdemokratische Presse mit der Veröffentlichung der Soldatenbriefe erworben hat; sie beweist nicht nur, mit welchem Eifer man Briefschreiber verfolgt, sondern sie lehrt vor allem auch, daß Herr v. Lessel, der in Stuttgart als Entlastungszeuge für das Hunnentum vernommen worden ist, überhaupt nicht genau weiß, was in China vorgegangen ist. Wenn Herr v. Lessel nicht einmal über die Thaten seiner Offiziere unterrichtet ist — hätte er von dem Verfahren gegen Feilitzsch gewußt, so würde er doch schwerlich ihn zur Ordensauszeichnung vorgeschlagen haben! — wie soll er über alle Einzelheiten der Kriegsführung hinreichend orientiert sein?

Jedenfalls steht nunmehr fest, daß Hunnenbriefe bisweilen ein zuverlässigeres Zeugnis darstellen als selbst die Angaben des Oberstkommandierenden. Hätte man in Preußen jenen Briefen die gebührende Beachtung geschenkt, so hätte man es vermieden, einen Offizier mit einem Orden zu belohnen, der gleichzeitig für unwert befunden wurde, fürderhin der bayrischen Armee anzugehören! —

Der Frankfurter Hunnenprozeß.

Aus Frankfurt a. M. wird uns telegraphisch gemeldet:

Heute wurde das Urteil in der Anklage gegen Dr. Quarck wegen Beleidigung des ostasiatischen Expeditionscorps verkündigt. Gemäß dem Antrage des Staatsanwalts wurde Dr. Quarck zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Die vom Staatsanwalt geforderte Bestrafung Bebels wegen Zeugnisverweigerung wurde abgelehnt. —

Nochmals die Hunnenbriefe.

Vom Genossen Bebel erhalten wir folgende Zuschrift:

Wie vorauszusehen war, hat mein Artikel in der Dienstag-Nummer des „Vorwärts": „Die Hunnenbriefe", an verschiedenen Stellen eingeschlagen. Allen voran sind es die liberalen Blätter, z. B. „Vossische Zeitung" und „National-Zeitung", die mein Verhalten als Zeuge im Frankfurter Hunnenbrief-Prozeß als inkorrekt und im Widerspruch mit meinen Erklärungen im Reichstag bezeichnen. Beide Blätter beziehen sich dabei auf eine Stelle meiner Rede am 19. November v. J. im Reichstag, die sie in einem falschen Sinne auszulegen suchen.

Der Satz, den namentlich die „Vossische" aus jener Rede citiert, erhielte einen ganz andern Sinn, wenn sie die nachfolgenden Sätze hinzugefügt hätte. Da aber der Kriegsminister in der Reichstagssitzung am 19. November den gleichen Sinn wie die „Vossische" und „Nat.-Ztg." meinen Worten unterstellte, so sei den beiden Blättern eine Stelle meiner Rede vom 28. November 1900 ins Stammbuch geschrieben, die über den Sinn meiner Worte vom 19. November keinen Zweifel läßt.

Seite 113 des stenographischen Berichts der Sitzung vom 23. November sage ich:

„Der Herr Kriegsminister ist dann im Laufe seiner Rede darauf gekommen zu sagen, es sei ihm sehr erwünscht, die Verfasser der Hunnenbriefe kennen zu lernen; und er schien anzudeuten, daß er von mir erwartet, daß ich dieselben nenne. Dazu habe ich gar keinen Grund.

(Oho: rechts.)

Ich habe um deswillen keinen Grund dazu meine Herren von der rechten Seite, weil die Briefe, die ich hier vorgetragen habe, allesamt bereits in der deutschen Presse erschienen sind, weil ich nur veröffentlichte Briefe vorgelesen habe und keinen einzigen der mir privatim zugegangenen."

Der Kriegsminister, die Staatsanwälte und die liberale Presse irren sich also aufs gröblichste in der Adresse, wenn sie von mir verlangen, die Namen der Schreiber der Hunnenbriefe zu erfahren.

Dieses trifft auch auf den Brief zu, dessen Veröffentlichung im Frankfurter Hunnenbrief-Prozeß Gegenstand der Anklage war.

Dieser Brief war, wie ich schon in meinem Artikel in der Dienstagsnummer des „Vorwärts" scharf hervorhob, erst nachdem er im „Vorwärts" und in der „Frankfurter Volksstimme" veröffentlicht worden war, seitens der Redaktion des „Vorwärts" mir übersandt worden.

Dieser Brief ist nach meiner Ueberzeugung, und das habe ich beschworen, echt, was immer die „Vossin", die „Nat.-Ztg." und tutti quanti dagegen sagen mögen.

Warum habe ich aber mein Zeugnis teilweise verweigert? Einmal, weil ich damit einen Vertrauensbruch gegen die Redaktion des „Vorwärts" beging, die mir den Brief sandte und den Einsender nannte, zweitens, weil ich mich nicht berufen fühle, in einem solchen Fall den Namen irgend eines Menschen wider seinen Willen zu nennen.

Die Staatsanwaltschaft bezw. das Landgericht zu Frankfurt a. M. machen aber nicht erst einen weiteren Versuch an andrer Stelle zu erfahren, was sie von mir nicht erfahren können.

Warum nicht? Darauf hat keiner von uns eine Antwort.

Ich verwahre mich also auf das allerentschiedenste gegen die Verdächtigungen und Wadenbeißereien der gegnerischen Presse.

Schließlich noch ein Wort über die Mitteilung im heutigen „Vorwärts", wonach Normann-Schumann trotz der wider ihn schwebenden Anklage wegen Majestätsbeleidigung wiederholt in Berlin gewesen sei.

Das wurde mir auch schon vor längerer Zeit mitgeteilt mit dem Wunsche, keinen öffentlichen Gebrauch davon zu machen. Aber ich hatte auch Zweifel an der Richtigkeit der Mitteilung. Es schien mir kaum glaublich, daß Normann-Schumann sich sollte ungehindert in Berlin bewegen können, ohne von dem einen oder andern der Hunderte von Polizeibeamten, die ihn persönlich kennen, sistiert zu werden. Oder sollte die Staatsanwaltschaft die zarte Rücksicht genommen haben, die Kriminalpolizei von der zu erhebenden Anklage wegen Majestätsbeleidigung gegen Normann-Schumann nicht zu unterrichten? Dann würde ich mir mein Material zurückerbitten, das zwecklos im Moabit lagerte.

Wie dem sei, die Nachricht in der heutigen Nummer des „Vorwärts", daß Normann-Schumann auch in neuerer Zeit in Berlin verkehrt habe, ist zu interessant, um nicht die größte Beachtung zu finden. Dieser Vorgang wirft aber von neuem die Preisfrage auf: Welcher Faktor regiert eigentlich in Preußen und im Reich?

Schöneberg-Berlin, den 13. November 1901.

A. Bebel.

Der Militäretat in der bayrischen Kammer.

München, 12. November. (Eig. Ber.) Auch außer der Behandlung des chinesischen Abenteuers förderte die heute beendigte Behandlung des Militäretats einige recht interessante Momente zu Tage. So wurde von socialdemokratischer Seite sehr zur Ueberraschung des Ministers auch im Plenum noch einmal die Typhusepidemie in Metz angeschnitten. Die Sanitätsverwaltung behauptete in ihrer Antwort, sie habe alle erdenklichen Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um ein so bedauerliches Vorkommnis zu verhindern. Besonders hätten regelmäßig vorgenommene chemische Untersuchungen das Vorhandensein von Typhuskeimen in dem sogen. Trinkwasser von Fort Manteufel nicht nachgewiesen. Daraufhin teilte Dr. Heim mit, daß die Militärverwaltungen bei diesen Untersuchungen seit Jahren systematisch hinters Licht geführet werden. Es ist nämlich ein absolut ungenügend vorgebildeter, mit den nötigen Apparaten nicht versehener Pharmazeut damit betraut, der der Einfachheit halber die Durchschnittsanalysen für Wasser aus einem chemischen Lehrbuch abschrieb und als Ergebnis seiner wissenschaftlichen Bemühungen der Kriegsverwaltung überreichte! Zum Pensionsetat hielt der socialdemokratische Abgeordnete Ad. Müller dem Minister eine gepfefferte Vorlesung. Er stellte ein ganz ungeheuerliches Wachstum der Offizierspensionierungen fest; die hierfür erforderlichen Summen sind in den letzten 3 Jahren um 10 Proz. gestiegen und die Pensionen, die an höhere Offiziere vom Brigadekommandeur an aufwärts gezahlt worden sind, um 70 Proz. höher, als die Gagen der Aktiven in den gleichen Chargen! Die liberalen Redner Dr. Casselmann und Dr. Deinhard traten natürlich mit Begeisterung für den Militarismus ein. Das Centrum dagegen hatte einigemale recht saftige Auseinandersetzungen mit dem Minister, dem es eine planmäßige Ignorierung des Willens der Kammer vorwarf. Dr. Heim ging sogar so weit, daß sich der Kriegsminister weigerte, ihm zu antworten und bemerkte, Heim könne sich diesen Ton nur erlauben, weil man ihn als Abgeordneten nicht dafür zur Verantwortung ziehen dürfe! Herr v. Asch erhielt wegen dieser Bemerkung einen Ordnungsruf des Präsidenten. Aber alle diese Vorgänge hinderten natürlich das glorreiche Centrum nicht, Mann für Mann für den Militäretat zu stimmen. Zwar gelangte eine gegen das jetzt herrschende Pensionierungssystem gerichtete Resolution zur Annahme, die auch die Erwartung ausspricht, daß den für weiteres Avancement nicht qualifizierten Offizieren gestattet wird, in ihrer bisherigen Charge weiter zu dienen. Jedoch erklärte der Kriegsminister sofort, er könne der Resolution nicht entsprechen. Und das läßt sich das Centrum ruhig gefallen, das vorher gejammert hatte über die unrechtmäßige Teilnahme Bayerns am Chinazug, über die Gefährdung bayrischer Reservatrechte, über die ungeheuer gestiegenen Militär- und Pensionslasten, über die Verwüstung der Felder bei den Manövern und über die schlechte und unwürdige Behandlung erkrankter Soldaten im Lazarett. Was helfen unter solchen Umständen die radikalen Reden Heims, wenn die Partei doch immer wieder dem Ministerium jeden Mann und jeden Groschen bewilligt.

Auch die in den Militärwerkstätten beschäftigten Arbeiter hatten mancherlei Beschwerden, die namens unsrer Partei Abg. Frz. Schmitt vorbrachte. Der Minister sagte rückhaltlos die Erfüllung dieser Wünsche zu und bemerkte, eine Vorlage der Direktion der Artilleriewerkstätten in München betreffend die Regulierung der Arbeiterverhältnisse habe er zurückgehen lassen, weil nach seiner Ansicht den berechtigten Wünschen der Arbeiter darin nicht genügend Rechnung getragen wurde. Im Vergleich mit andren Ländern könnte man also wohl in dieser Beziehung mit dem bayrischen Kriegsminister zufrieden sein, wenn nur auch seine unteren Organe seinen Willen immer zur Ausführung brächten. Aber daß es in dieser Richtung bedeutend hapert, darüber klagen gerade die Militärarbeiter, und eine Aenderung wird wohl hier ebenso wie hinsichtlich der Soldatenmißhandlungen erst eintreten, wenn das System geändert wird. —

Die Grenzen kaiserlicher Macht. Die bürgerliche, namentlich aber auch die „freisinnige" Presse liebt es, den Kaiser in tausend Anekdoten als einen Mann erscheinen zu lassen, der überall als Helfer und Retter erscheint. Er schenkt kranken Invaliden Goldstücke, schickt zum 25. Kinde eines braven aber armen Ehepaars reichliche Spenden, beglückt naiv bittende Schulknaben mit der Erfüllung ihrer heißesten Herzenswünsche oder schickt ein krankes Mütterlein auf seine Kosten ins heilkräftige Bad.

Für solche „schönen Züge" giebt es in monarchischen Landen seit jeher förmliche Fabriken. Kein Wunder, daß nun kindliche Einfalt in der That in dem Kaiser einen Herrgott auf Erden sieht, der alles machen kann. Aber dem also vergötterten Herrn wird die ihm von den Byzantinern zugeschriebene Rolle auf die Dauer beschwerlich und er sieht sich veranlaßt, den leichtgläubigen Leuten mitzuteilen, daß er auch nur ein Mensch sei, der nicht mit der Krone ins Bett geht und nicht durch bloßes Bewegen des Scepters als eines Zauberstabes jegliches Verlangen zu befriedigen vermag.

Solcher Vermenschlichung des Monarchen dient ein neuerdings ergangener Erlaß gegen die Kinderbriefe an den Kaiser.

Auf Veranlassung des Kultusministeriums sind dieser Tage die Kreisschulinspektoren durch ihre vorgesetzte Schulbehörde angewiesen und aufgefordert worden, dafür Sorge zu tragen, daß die Schulkinder auf das nutzlose Schreiben von Bettelbriefen an den Kaiser aufmerksam gemacht werden. Namentlich von seiten der Knaben sind in neuerer Zeit Hunderte von Gesuchen bei dem kaiserlichen Civilcabinett eingelaufen, in welchen um geschenkweise Ueberlassung von Uniformstücken, Waffen und sonstigen militärischen Ausrüstungsgegenständen gebeten wird. Es ist den Schulkindern nun mitgeteilt worden, daß derartige Gesuche grundsätzlich keine Erfüllung erhoffen dürfen und daß, falls der Unfug nicht aufhöre, mit Strafen vorgegangen werden müsse.

Es ist grausam, daß also, selbst durch Strafandrohung, die monarchisch gesinnten Kindlein aus den Illusionen gerissen werden sollen, die der Schulunterricht selbst mit so viel Mühe in ihnen genährt hat. Es wäre gut, wenn man nun gleich gründlich auch mit den übrigen Illusionen aufräumte und den Kindern die einfache Wahrheit zugänglich machte, daß Monarchen weder Götter noch Halbgötter sind und ebenso wenig über die Kräfte eines Weihnachtsmannes verfügen, dem es vergönnt ist, die Völker zu beschenken und zu begnaden.

Uebrigens sollten es sich nun auch die recht angefahrten national-socialen Kinder gesagt sein lassen, daß es ein Unfug sei, die Politik der Bettelbriefe an den Kaiser zu treiben. —

Als Nachfolger Hatzfeldts ist, der „Voss. Ztg." zufolge, Graf Wolff-Metternich, der beim Kaiser in besonderer Gunst steht, zum Botschafter in London ernannt worden. —

Der Krosigk-Prozeß dürfte, wie eine Korrespondenz mitteilt, in der Revisionsinstanz im Reichs-Militärgericht in diesem Jahre nicht mehr zur Verhandlung kommen. Die Akten sind erst jetzt aus Grundinnen hier eingetroffen und werden bei der ungeheuren Fülle des Materials nicht wie gewöhnlich ein, sondern höchstwahrscheinlich zwei Reichs-Militärgerichtsräte die Berichterstattung übernehmen müssen. Sollten auch militärische Fragen bei der Anwendung des Gesetzes-Paragraphen zur Erörterung gelangen müssen, so würde sich der selten vorkommende Fall ergeben, daß der Senat auch einen militärischen Berichterstatter zu bestimmen hätte. Erst nachdem diese Berichterstatter

die Akten studiert, werden die letzteren der Militäranwaltschaft überwiesen. Dann erst kann der Verhandlungstag „in Sachen Marten" durch den I. Senat festgesetzt werden.

Diese auffällige Verzögerung des Verfahrens läßt sich durch die „Fülle des Materials" keineswegs erklären; sie würde höchstens beweisen, daß der Apparat unzulänglich ist. Hat man denn keine Empfindung dafür, wie furchtbar es ist, daß ein zum Tode — wie viele glauben unschuldig — Verurteilter Monate und Monate auf die Entscheidung seines Schicksals warten muß? —

Unfallversicherung. In der vom Bundesrate in seiner letzten Plenarsitzung angenommenen Verordnung über das Inkrafttreten der Unfallversicherung dürfte, nach den „Berl. Pol. Nachr.", der Termin für die Einbeziehung der der Versicherungspflicht neu unterstellten Gewerbszweige und Betriebe in die berufsgenossenschaftliche Organisation auf den 1. Januar 1902 festgesetzt sein. —

Die gesetzliche Regelung des Theater-Agenturwesens wurde in einer Konferenz von Vertretern der Aufsichtsbehörden unter Zuziehung von einzelnen hervorragenden Interessenten erörtert. Die Beratung fand im Berliner kgl. Schauspielhause statt. Es gelangten hauptsächlich die Vorschläge der Theaterdirektoren und der Bühnenangehörigen zum Vortrag und zur Besprechung. Von beiden Parteien waren Vertreter, so Vorstandsmitglieder der „Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger", geladen worden. Die Angelegenheit dürfte dem Vernehmen nach nun soweit gediehen sein, daß demnächst ein Entwurf der das Agenturwesen regelnden Vorschriften zu erwarten steht, der hoffentlich geeignet ist, die Ausbeutung des Bühnenproletariats durch die Agenten wenigstens in etwas einzuschränken. —

Der fliegende Gerichtsstand. Dem Reichstag wird, wie verlautet, ein Gesetzentwurf zugehen, durch den die Mißstände wegen des fliegenden Gerichtsstandes der Presse beseitigt werden. Die bezüglichen Verhandlungen zwischen den verbündeten Regierungen gehen ihrem Abschlusse entgegen.

Der fliegende Gerichtsstand ist nicht der einzige und nicht der schlimmste Mißstand, unter dem die Presse leidet. Will man bei dieser Gelegenheit nicht gleich gründlich modernisieren? —

Hohe Lebenswege. Der Großherzog von Hessen wird sich von seiner Frau scheiden lassen, mit der er in unglücklicher Ehe lebt, aus der eine Tochter, aber kein Thronerbe stammt.

Eine offiziöse Note verkündet diese Familiennachricht mit der wunderbaren Formel, daß es als eine ebenso traurige wie ernste Pflicht erscheine, „die Trennung dieser hohen Lebenswege in Erwägung zu ziehen".

Diese hohen Lebenswege führen anscheinend zu keinem andren Konflikt, wie die „niedrigsten" Lebenswege auch. —

Der demokratische Landtags-Abgeordnete Sänger, Vertreter für Frankfurt a. M., ist an einem Schlaganfall plötzlich verstorben, er ist nur 41 Jahre alt geworden. Seit 1898 wirkte er im preußischen Abgeordnetenhause und entfaltete hier eine auch von uns anzuerkennende Thätigkeit, insbesondere auf dem Gebiet des Schulwesens. Neuerdings vertrat Sänger in einem eignen Organ „Das freie Wort" litterarisch seine Anschauungen. Als Prediger der freireligiösen Gemeinde wirkte er seit langer Zeit in Frankfurt. —

Zur Reichstags-Ersatzwahl in Wiesbaden wird uns geschrieben: Schneller als man geglaubt, haben sich die feindlichen Brüder im Centrumslager wieder „geeinigt". Auf der in Eltville stattgehabten Vertrauensmännerzusammenkunft ist das Kriegsbeil begraben worden und das frondierende „Wiesbadener Volksblatt" hat vor dem Rheingauer Intriguantentum Kotau gemacht. Es hat erklärt, für die Kandidatur Fuchs-Köln eintreten zu wollen. Natürlich ist der Riß nur äußerlich verkleistert worden, offenbar auf Veranlassung maßgebender Persönlichkeiten in der Centrumspartei. Die Nachwirkungen aus dem Zwist werden bleiben. Zu ultramontanen Kreisen giebt man das auch unumwunden zu, indem man die Kandidatur Fuchs nur als Zählkandidatur bezeichnet, während die frühere Kandidatur Dr. Bedewer eine aussichtsreiche war.

Um das Durcheinander voll zu machen, haben sich nunmehr auch die Konservativen einen Wahlscherz erlaubt und einen eignen Landtags-Kandidaten aufgestellt, und zwar den Weingutsbesitzer Oberstlieutenant a. D. Wilhelmi, eine politische Null, die, wo sie bisher aufgetreten ist, nur Heiterkeitserfolge erzielt hat. Da die Freisinnigen die sichere Mehrheit von Wahlmännern haben, so ist die Kandidatur Wilhelmi thatsächlich nur eine Zählkandidatur. Bei der Reichstags-Wahl stimmen die Konservativen für den Nationalliberalen Bertling, der sich in einer Vertrauensmänner-Versammlung der Konservativen für einen „besseren Schutz der Landwirtschaft", mit andern Worten für erhöhte Lebensmittel-Zölle erklärt hat.

Inzwischen hat die Wahlagitation schon kräftig eingesetzt. Unser bekanntes Flugblatt über den Zollwucher ist im ganzen Kreise verbreitet worden, und die gute Wirkung wird durch wütende Schimpfartikel in der ultramontanen Presse und im konservativen „Rh. Kur." quittiert. Auch die Nationalliberalen und Freisinnigen sind bereits mit einem Wahlflugblatt auf dem Plan erschienen. (Ueber die großen Erfolge der Socialdemokraten bei den Stadtverordnetenwahlen berichten wir unter Parteinachrichten.)

Reichstags-Ersatzwahl im 10. sächsischen Wahlkreise.

Durch den Tod des nationalliberal-alldeutschen Abgeordneten Dr. Lehr wird eine Nachwahl im 10. sächsischen Wahlkreise stattfinden, in der **die Socialdemokratie gute Aussichten auf Sieg hat.**

Bis 1898 war dieser Kreis in konservativem Besitz. Bei den letzten Wahlen wurden abgegeben im ersten Wahlgange 9758 socialdemokratische, 5638 nationalliberale und 5406 konservative Stimmen; in der Stichwahl siegte dann Dr. Lehr mit 11 925 Stimmen über den Kandidaten der Socialdemokratie, auf den 10 681 Stimmen fielen.

Voraussichtlich werden dieselben drei Parteien sich wiederum um das Mandat bewerben. Für die Socialdemokratie agitieren die sächsische Wahlentrechtung und der Brotwucher.

Unsre Genossen im Wahlkreise Döbeln werden nicht säumen, einen kampfesfrohen Wahlfeldzug zu eröffnen. —

Der sächsische Landtag ist am Dienstag wieder zusammengetreten. Nunmehr sind sämtliche Mitglieder der zweiten Kammer, die aus dem gleichen Wahlrecht hervorgegangen waren, verschwunden und das Parlament der Dreiklassenwahl und der Volksentrechtung ist vollständig.

Jedenfalls schon in den nächsten Tagen wird eine Verhandlung über den Zolltarif stattfinden. Das wird in diesem Parlament nichts als ein „Ausgleichs"-Geschwätz werden, in dem die Lebensinteressen der gewaltigen sächsischen Arbeiterbevölkerung nicht existieren —

Systematische Soldatenmißhandlung. Ueber unerhörte Soldatenschinderei berichtet die „Sächsische Arbeiterztg." nach einer Verhandlung vor dem Dresdener Militärgericht. Der Vicefeldwebel und Bataillonstambour Max Hermann Gustav Fleischer von der 9. Compagnie des 2. Grenadier-Regiments Nr. 101 ist, 26 Jahre alt, in der Unteroffiziersschule zu Marienberg für den „Gottesstellvertreter"-Beruf ausgebildet worden und deshalb sehr jung in die Armee eingetreten. Er ist wegen Soldatenmißhandlung vorbestraft, und zwar fünfmal disciplinarisch. Das hat nichts gefruchtet. Fast zwei Jahre lang — so viel wurde nachgewiesen! — hat Fleischer die ihm zur Ausbildung untergebenen Soldaten in systematischer Weise geradezu gemartert. Ueber **200 Fälle** kommen in Frage; einzelne der Soldaten sind 10- bis 25 mal mißhandelt worden. F. hatte die Leute im Trommeln auszubilden. Beim geringsten Versehen bekamen die Uebenden Schläge und Püffe. Fleischer schlug dabei mit allem möglichen zu, mit dem schweren Tambourstab, mit der Säbelscheide, auch mit der gezogenen flachen Klinge, mit einer Querpfeife, den Trommelschlägeln usw. In die Kniekehlen, den Rücken, an die Oberschenkel, mit der Faust vor die Brust wurden die armen Soldaten gestoßen und geschlagen, auch Ohrfeigen gab es. Und dabei hagelte es nebenbei nur so von Beschimpfungen, Beleidigungen und Drohungen, wie: „Hund, ich erwürge Dich" oder: „ich schlage Dir die Knochen kaput" usw. Für die Soldaten waren diese Uebungsstunden Stunden der Marter und Qual, und sie verloren — wie festgestellt wurde — alle Lust zum Soldatsein. Gegen 30 teils noch jetzt dienende, teils zur Reserve entlassene Soldaten traten als Zeugen gegen den Quälgeist auf, der sich damit zu entschuldigen suchte, die Geschlagenen hätten keine Schmerzen empfunden!! Der Mann wurde zur Degradation und einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. —

Das schwere Grubenunglück in Staßfurt.

Zu dem Grubenunglück in Staßfurt wird heute berichtet: Dienstagnachmittag trafen Oberpräsident Dr. v. Boetticher und Berghauptmann Dr. Fürst aus Halle am Schauplatz des Grubenunglücks ein, um die amtliche Untersuchung einzuleiten. Es wurde inzwischen die Einstellung des Betriebes auf Zeche Ludwig II angeordnet. Geh. Bergrat Bauer-Berlin und Oberbergrat Mathias-Halle, welche die Rettungsarbeiten leiten, mußten auf Anordnung des kgl. Bergbeamten diese zeitweilig unterbrechen, da es wiederholt im Salzgebirge gefahrdrohend knisterte und infolgedessen Nachstürze zu befürchten waren. Dienstagnachmittag erst wurden die Rettungsarbeiten wieder aufgenommen. Sie sind äußerst schwierig und bieten leider keine Aussicht auf Erfolg. Große Trümmerhaufen und riesige Salzblöcke stellen sich den Rettern immer wieder hindernd in den Weg. Alles ist durch sie versperrt. Die Riesenblöcke müssen jedenfalls alle erst gesprengt werden. Die Bergung der Verschütteten kann daher unter Umständen noch eine Woche dauern. Nach den jetzt abgeschlossenen Erhebungen wurden 73 Bergleute von dem Einsturz überrascht. Sie wollten eben zum Schichtwechsel auffahren, als das Unglück, jedenfalls im Zusammenhang mit Räumungsarbeiten, erfolgte. Zwei Abbaustrecken waren in einer Teufe von 693 Meter niedergegangen und auf einer Ausdehnung von 500 Meter drei Etagen übereinander zusammengebrochen. Der Luftdruck war so stark, daß in vielen Häusern weit im Umkreise die Fenster sprangen und die Bilder von den Wänden fielen. Männer, Frauen und Kinder stürzten von allen Seiten angsterfüllt nach der Unglücksstelle. Die sofort unternommenen Rettungsarbeiten förderten alle Bergleute bis auf 16 zu Tage. Von den Geretteten waren **30 — zum Teil schwer — verletzt.** Drei Schwerverletzte, mit Namen Rumpf, Ernst und Lang, sind inzwischen gestorben. **Von den 16 Verschütteten hörte man keine Lebenszeichen mehr.** Drei von ihnen wurden tot und entsetzlich verstümmelt zu Tage gefördert. Die andern, von denen die meisten Familienväter sind, dürften das gleiche Schicksal haben. Die Stimmung in der Doppelstadt ist ernst und verhältnismäßig ruhig. Männer, Frauen und Kinder stehen wortlos und weinend am Wege zur Unglücksstelle. Niemand wird zur Grube zugelassen. Die Versicherungskasse der Knappschafts-Genossenschaft sorgt für die Hinterbliebenen. Der materielle Schaden ist verhältnismäßig gering. Die Unterbrechung des Betriebes wird nicht lange währen. Wie weiter berichtet wird, konnte noch ein Arbeiter gerettet werden.

Ueber die Ursache des entsetzlichen Ereignisses liegen noch keine Aufklärungen vor. Es ist erstaunlich, daß bisher amtlich hierüber noch nichts bekannt gegeben worden ist.

Ausland.

Der Boykott der englischen Schiffahrt.

Eine vom Amsterdamer Komitee einberufene Versammlung beschloß, ein Landeskomitee zu wählen, das das Transportarbeiter-Komitee in der Propaganda für den Boykott unterstützen soll. Der Beschluß wurde mit 36 gegen 2 Stimmen und bei 12 Stimmenthaltungen gefaßt. Dagegen stimmten die Arbeiter der Gemüse- und Fruchtmärkte und die Diamantarbeiter-Organisation. Das gewählte Komitee besteht aus neun Personen, wovon je drei dem Arbeitervertreter-Bund, dem Nationalen Arbeitersekretariat und denjenigen Organisationen, die in diesen beiden Korporationen nicht vertreten sind, angehören.

*

Das Komitee für den Boykott englischer Schiffe in Amsterdam ersucht uns, folgendes mitzuteilen: In der Presse ist mitgeteilt, daß eine Versammlung verschiedener Amsterdamer Arbeiterorganisationen eine Resolution angenommen habe, worin gewissermaßen beschlossen wurde, dem Boykott englischer Schiffe einen Boykott holländischer und amerikanischer Schiffe hinzuzufügen wegen des Atjeh- und Philippinen-Krieges. Mitgeteilt sei, daß ein solcher Beschluß nicht in Mitwirkung des Boykott-Komitees gefaßt wurde, daß die oben erwähnte Versammlung nicht vom Komitee einberufen war, daß die Hafenarbeiter auf der Versammlung nicht vertreten waren und daß das Boykott-Komitee diese Resolution nicht unterschreibt. Es wird sich vielmehr auf seine einmal angegebene Aufgabe beschränken.

Frankreich.

Zum Generalstreik der Bergleute.

Die Situation ist noch immer ziemlich die gleiche. Der Generalsekretär Cotte hat noch immer das definitive Wort nicht ausgesprochen, im Gegenteil hat er sich einen weiteren Aufschub ausbedungen. In einer Versammlung der Bergleute von St. Etienne sagte er, er werde den Mut haben, dem Druck der ungeduldigen, zum Teil aber ebenso unwissenden Masse zu widerstehen. Er lasse sich nicht drängen, den Generalstreik zu erklären, bis er nicht nochmals Rücksprache genommen habe mit seinen Kollegen vom Komitee. Da die Kommission für Arbeitergesetzgebung das Nationalkomitee der Bergleute zur Vernehmung nach Paris gebeten hat, so werden jedenfalls dort die endgültigen Beschlüsse über den Beginn des Generalstreiks gefaßt werden. — Der Abgeordnete Basly war beim Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau, um ihn zur Zurückziehung der Truppen aus den Kohlengebieten zu ersuchen. Waldeck-Rousseau antwortete, daß die Vorkommnisse in einigen Orten ihn veranlaßt hätten, die Truppen zu konsignieren. Diese hätten aber Auftrag, nur bei Ruhestörungen einzugreifen und bei vollständiger Aufrechterhaltung des Rechts des Streiks die Freiheit der Arbeit zu schützen. — Im übrigen herrscht in allen Teilen des Landes, auch in St. Etienne, vollkommene Ruhe; am Montag sind die Bergleute noch überall bis auf wenige Ausnahmen eingefahren.

Der socialistische Deputierte Basly, der gleichzeitig Bürgermeister von Lens ist, weigerte sich, die Ankündigung des Kriegsministers anschlagen zu lassen, nach welcher die in die Bergwerke designierten Truppen das Recht haben, Quartiere zu fordern. —

Belgien.

Europäische Kulturträger am Kongo.

Ein Amerikaner, Edgar Canisius, der sich fünf Jahre in den Kongo-Freistaaten aufgehalten hat, war dort längere Zeit bei einer konzessionierten Gummigesellschaft angestellt. Derselbe erzählte einem Vertreter des „Reuter-Bureaus" folgendes:

„Im letzten Jahre war ich mit dem bekannten Major Lothaire auf einer Gummi-Expedition, wobei innerhalb von 6 Wochen 900 Eingeborene getötet und eine Anzahl von Dörfern verbrannt wurden. Bei einer Gelegenheit hatten wir eine junge Frau mit einem kleinen Jungen zu Gefangenen gemacht und nahmen sie mit uns fort. Bei dem Passieren eines Dorfes wurde sie nach dem Namen desselben gefragt. Sie antwortete, daß sie den Namen des Dorfes nicht kenne, was in der That sehr möglich war, denn der betreffende Ort lag weit von ihrem Heimatsdorf entfernt. Es wurde ihr nicht geglaubt, und sie wurde kurzer Hand mit ihrem Knaben an die Seite gestellt und erschossen."

Am unteren Kongo, so berichtete der Amerikaner weiter, seien die Zustände zwar etwas besser, am oberen Kongo aber, dort, wo die Compagnien und ihre Angestellten die absolute Herrschaft führen, werden die Eingeborenen aufs furchtbarste terrorisiert und geschunden. Tausende der Eingeborenen leben wie die wilden Tiere im Dickicht und wagen sich nicht hervor. Sicher ist, daß ihr Los mit dem Erscheinen der Weißen ein viel schlechteres geworden ist, als es ehedem war. —

Vertagung der Zuckerkonferenz. Für den Zusammentritt der Zuckerkonferenz war ursprünglich der 16. Dezember in Aussicht genommen worden. Es scheint jedoch, daß von verschiedenen beteiligten Mächten der Wunsch geäußert worden ist, die Konferenz möge erst zum nächsten Januar einberufen werden und daß dem Wunsche dieser Mächte Rechnung getragen werden wird. Jedenfalls sind alle von englischen Blättern gebrachten Meldungen über eine bereits getroffene endgültige Entscheidung unrichtig. —

Kundgebung für das gleiche Wahlrecht. In Brüssel fand am Dienstagabend ein Riesenmeeting zu Gunsten der Abschaffung des mehrstimmigen und Einführung des gleichen Wahlrechts statt. Die Führer der Socialisten hielten energische Reden, in welchen sie erklärten, die Opposition werde zunächst alle gesetzlichen Mittel anwenden, um eine Verfassungsänderung zu erwirken, wenn dieselben aber fehlschlagen sollten, so würde die Opposition bis zum äußersten gehen. —

Asien.

Der Atjehkrieg.

der Kampf der Niederländer gegen das angebliche Seeräubervolk im Norden Sumatras, wird mit nicht geringer Grausamkeit geführt. Ein Telegramm aus Batavia meldet von einem größeren Gefecht der Kolonne Van Daalem mit der Macht des Prätendent-Sultans in den Gajolanden, wobei 65 Feinde, darunter 7 Häuptlinge, getötet wurden. Die Verfolgung wurde fortgesetzt. — „Het Volk" geht in einem längeren Artikel auf die Ursachen dieses langwierigen Krieges ein. Im Jahre 1857 schloß Holland mit Atjeh ein Friedens- und Freundschaftsbündnis, ließ sich aber dadurch nicht abhalten, im folgenden Jahre ein Bündnis mit dem Feinde Atjehs, mit Siak, einzugehen. Daß daraus Feindseligkeiten entstanden, ist leicht erklärlich. Wie es mit der Seeräuberei Atjehs bestellt ist, die die eigentliche Ursache des Krieges sein soll, das zeigt die in einer Kammersitzung 1875 festgestellte Thatsache, daß in 40 Jahren (also seit 1835) in den Atjehschen Gewässern nur fünf Fälle von Seeraub vorgekommen waren, wovon der letzte bereits zwanzig Jahre vor Ausbruch des Krieges geschehen war. Der Kenner der Verhältnisse, der diese Ausführungen in der Kammer machte, erklärte zum Schluß, die Behauptung, daß Seeräuberei die eigentliche Ursache der Kriegserklärung der Niederlande gegen Atjeh gewesen sei, für eine Lüge. Thatsächlich ist es auch hier die kapitalistische Gewinnsucht ebenso sehr wie bei dem Transvaalkrieg der Engländer, die den Krieg eigentlich erzeugt hat. Und daß auf Sumatra ähnliche Praktiken angewandt werden, wie in Südafrika, davon zeugt der folgende Erlaß des Generalgouverneurs: „Bei Exkursionen zur Unterdrückung von Unregelmäßigkeiten auf den Besitzungen außerhalb Javas und Madduras kommt es wiederholt vor, daß ohne zwingenden Grund Kampongs verbrannt werden und Eigentum zerstört wird. Manchmal geschieht das durch inländische Hilfstruppen oder auf Veranlassung von inländischen Häuptlingen, die an solchen Zügen teilnehmen. Die Erfahrung hat genugsam gezeigt, wie verkehrt ein derartiges Auftreten ist, durch das friedsame Leute oftmals, aller Habe beraubt, aus Verzweiflung zu Feinden gemacht werden. Der Generalgouverneur verlangt darum nachdrücklich, daß bei dergleichen Gelegenheiten das Verbrennen von Kampongs und das Zerstören und Beschädigen von Eigentum ohne zwingenden Grund nicht mehr stattfindet."

„Het Volk" kommt bei seinen Betrachtungen über diesen Krieg zu folgendem Resultat: „Ungerecht, barbarisch ist der Atjehkrieg nicht weniger als der Transvaalkrieg. Das braune „Piratenvolk" ist ebensowohl ein Schlachtopfer der kapitalistischen Gewinnsucht, wie das weiße Boerenvolk. Die Niederlande handeln ebenso verbrecherisch wie England."

Waffenfabrikation in China.

Der Korrespondent der „Times", der augenblicklich die Provinz Hankau besucht, berichtet, daß in diesem Gebiet bis zum Yangtsethale Ruhe herrsche. Die Vicekönige haben gegen die neue Mandschurei-Konvention protestiert, die Bevölkerung dagegen in Unkenntnis der Bedeutung derselben, verharrt in Gleichgültigkeit, ob der Vertrag unterzeichnet ist oder nicht. Mehrere Klauseln des Protokolls sind systematisch umgangen worden, hauptsächlich die, welche die Bestrafungen vorsieht. Das Waffen-Einfuhrverbot hat einen großen Aufschwung der Waffenfabrikation zur Folge gehabt. China ist in dieser Beziehung ganz unabhängig vom Auslande und das Rohmaterial, dessen es benötigt, ist auf dem offenen Markte käuflich. Die Arsenale im Yangtsethale arbeiten mit Aufgebot aller Kräfte. In Hankau sind 2000 Arbeiter damit beschäftigt, Feldgeschütze, Mausergewehre und große Quantitäten von Munition, auch rauchloses Pulver herzustellen. Erst kürzlich wurden 40 000 hölzerne Gewehrschäfte importiert und bereits können 15 000 Mausergewehre fertig abgegeben werden. In Shanghai sind 2500 Männer an der Arbeit, welche achtzöllige, sechszöllige und 4,7zöllige Schnellfeuergeschütze, Mausergewehre und Granaten herstellen. Der Korrespondent erfährt, daß sich die Vertreter kontinentaler Waffenfabriken für große Lieferungen von Gewehren bemühen. —

Der Boeren-Krieg.

Keine Friedensvorschläge der Boeren.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Amsterdam meldet, erklärte Wolmarans dem Korrespondenten des Blattes gegenüber bezüglich der von englischen Blättern verbreiteten Gerüchte, er habe keinerlei Entwurf für Friedensverhandlungen verfaßt. Bei den Besprechungen, die kürzlich in der Villa Krügers stattfanden, sei ebenfalls von Friedensverhandlungen nicht die Rede gewesen, ebenso werde zur Zeit in dieser Hinsicht nichts gethan. So lange, sagte Wolmarans weiter, das englische Ministerium eine solche Haltung einnehme, wie sie aus den letzten Reden Chamberlains und Salisburys hervorgehe, sei an Frieden nicht zu denken. Ein solcher sei nur möglich, wenn den Republiken völlige Unabhängigkeit zugesichert werde. Von einer Abtretung des Witwatersrands und der Goldfelder, welche „Daily Mail" meldete, könne bei einem Friedensschluß niemals die Rede sein.

Scharmützel.

Am 6. November wurden im Bezirk von Willowmore der Oberst Doran und zwei Mann schwer verwundet. Am 31. Oktober fielen bei Bovendam (zwischen Lambertsbay und Clanwilliam) drei britische Soldaten; sechs wurden verwundet.

*

London, 18. November. Aus Kapstadt wird gemeldet: Vier Boeren sind in Beaufort-West und Colesberg verurteilt worden und zwar einer zu zehn Jahren Gefängnis, die drei andern zum Tode; indessen wird nur einer hingerichtet werden, während die übrigen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden sind. — In Port Elisabeth sind **zwei Pestfälle** konstatiert worden.

Partei-Nachrichten.

Bayerns Protest gegen den Hungerzoll. Soeben geht uns aus einem Teile Bayerns (dem Gau Nordbayern unsrer Partei-Organisation) das Resultat der Unterschriftensammlung für unsre Petition gegen den Zolltarif zu. Die Unterschriften stammen aus den 14 Wahlkreisen Regensburg, Neumarkt, Neuburg, Neustadt, Hof, Bayreuth, Forchheim, Kronach, Bamberg, Nürnberg, Fürth, Schwabach, Schweinfurt und Würzburg. Diese Wahlkreise gaben bei der Hauptwahl im Jahre 1898 zusammen 61 907 Stimmen ab. Die Zahl ihrer Unterschriften für unsre Petition beträgt **188 606,** mithin mehr als das Dreifache der für uns abgegebenen Wahlstimmen.

Davon brachte beispielsweise Nürnberg bei 22 598 Stimmen 87 127 Unterschriften, Fürth bei 10 045 Stimmen 30 912 Unterschriften, Hof bei 6580 Stimmen 21 883 Unterschriften, Schwabach bei 2436 Stimmen 9483 Unterschriften, Neustadt (Oberpfalz) bei 597 Stimmen 1524 Unterschriften.

Das ist ein Ergebnis, das sowohl der Einsicht der bayrischen Bevölkerung wie auch dem Eifer unsrer Parteigenossen das allerbeste Zeugnis ausstellt. Den Herren vom Centrum, die einen großen Teil dieser Wahlkreise vertreten, dürfte es eine vernehmliche Warnung sein.

Die Parteigenossen in Landsberg (W.) erzielten bei ihrer erstmaligen Beteiligung an den Stadtverordneten-Wahlen einen schönen Achtungserfolg. Von vier strittigen Wahlen wurde nur eine erledigt, während drei erst durch Stichwahl entschieden werden müssen. Dabei schwanken die Stimmenzahlen der Kandidaten, die in Stichwahl kommen, zwischen 262 und 167, während die Stimmen unsrer vier Kandidaten von 160 bis 142 betragen.

Einen glänzenden Sieg errangen die Parteigenossen in Lehe bei den Bürgervorsteherwahlen in der dritten Klasse. Bei 980 Wahlberechtigten und 616 Abstimmenden erhielten unsre beiden Kandidaten 450 und 579 Stimmen. Ein Mandatsgewinn ist damit allerdings nicht verbunden, da die beiden Mandate auch bisher schon in unsrem Besitze waren.

Kommunalwahlen in Wiesbaden. Einen schönen Erfolg erzielten unsre Genossen auch bei den städtischen Wahlen für das bisher „freisinnig" beherrschte Wiesbadener Rathaus. In der dritten Abteilung wurden die bisherigen freisinnigen Kandidaten vollständig verdrängt. Zwischen den Kandidaten der Socialdemokratie und der „radikalen Fortschrittspartei" auf der einen und den Kandidaten der Handwerker und Gewerbetreibenden wird die Stichwahl entscheiden.

Nach der „Frankfurter Zeitung" vereinigte der socialdemokratische Zettel 1700 Stimmen, während die reaktionären „Handwerker und Gewerbetreibenden" 1350 Stimmen erhielten. Der Freisinn brachte es nur auf 700 Stimmen. 150—200 Stimmen zersplitterten.

Diese Zahlen zeigen, daß es unsren Genossen beinahe gelungen ist, gleich im ersten Sturm das Rathaus zu erobern. Die Niederlage des Freisinns ist zerschmetternd. Auch in Wiesbaden zeigt sich, wie überall bei den städtischen Wahlen, daß der Freisinn im Begriff ist, auch aus seiner letzten Zufluchtsstätte, den Kommunen, vertrieben zu werden, und daß es die Socialdemokratie ist, nicht die Kleinbürgerei, die den greisenhaften Liberalismus ablöst.

Der große Erfolg unsrer Genossen mag als günstiges Vorzeichen für die nahe Reichstagswahl gelten.

Alfred Defuisseaux.

Genosse Alfred Defuisseaux, der socialdemokratische Abgeordnete von Mons, ist am Montagabend, wie wir gestern kurz mitteilten, in Ninth gestorben. Defuisseaux vertrat in der belgischen Socialdemokratie eine republikanisch-revolutionäre Tendenz, er legte mehr Gewicht auf Agitation als auf Organisation, er war mehr Politiker als Kollektivist. Jedoch war er stets bereit, Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und er war zugleich ein Vorkämpfer der socialdemokratischen Einigkeit und Einheit.

Als Advokat hat Defuisseaux häufig die Grubenarbeiter verteidigt, wodurch er sich den schroffsten Haß der Grubenbesitzer erwarb, welche wiederholt Prozesse gegen ihn einleiteten. Er wurde verschiedene Male verurteilt und erhielt nicht weniger als — 29 Jahre Gefängnisstrafe. Er war auch der Hauptbeschuldigte des Prozesses, der den Namen trägt „Das große Komplott" (1889), welches Komplott von der Polizei arrangiert war, wie Advokat Paul Janson vor Gericht und Parlament bewies.

Im Jahre 1894 kehrte Defuisseaux, der ins Ausland gegangen war und so dem Gefängnis entronnen, zurück, nachdem er zum Abgeordneten von Mons gewählt worden war. Dies Mandat behielt er bis jetzt.

Die belgische und die internationale Socialdemokratie bewahrt dem tapferen Kämpfer ein getreues Erinnern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Gemütliches aus Sachsen.** Der Volksverein in Schönefeld bei Leipzig wollte am 21. Juli eine Vereinsfestlichkeit veranstalten. Dazu braucht man aber bei uns eine polizeiliche Genehmigung, die nur dann erteilt wird, wenn sich die Polizei vorher überzeugt hat, daß dabei nicht etwa eine staatsgefährliche Lustigkeit herauskommen könnte.

Warum auch nicht! Hat einmal die Polizei darüber zu entscheiden, ob man lustig sein darf oder nicht, so muß sie das auch gründlich machen. Im vorliegenden Falle verfuhr nun die Polizei so gründlich, daß die Erlaubnis zu der Belustigung erst am Tage zuvor, also am 20. Juli, in die Hände des Vereinsvorstandes gelangte. In Ungewißheit darüber, ob die Erlaubnis erteilt werden würde, hatte der Vorstand die Festvorbereitungen nicht zu Ende geführt und konnte das erklärlicherweise am letzten Tage nicht mehr nachholen. Das Fest mußte trotz der schon entstandenen nicht unerheblichen Unkosten unterbleiben.

Jetzt erstaunte der Vorstand, der vermutlich kein gelernter Sachse ist, nicht wenig, als er vor einigen Tagen von der Polizei auch noch eine Rechnung über 2,75 M. bekam — Kosten für die Genehmigung des Festes. Der Staatsbürger wird also durch Polizeiverordnung gezwungen, die Polizei um Erlaubnis zu bitten, ob er sich erlustigen darf, und für diese Mühe, die die Polizei sich ganz und gar selber auf den Hals lädt, muß dann der arme geprügelte Sachse auch noch die Kosten bezahlen, selbst dann, wenn die Erlaubnis zu spät kam.

Bei dieser Gelegenheit sei auch noch ein etwas älteres Vorkommnis der Vergessenheit entrissen, das mit dem hier erzählten viel Aehnlichkeit hat.

Ein Preßsünder muß in einem sächsischen Gerichtsgefängnis eine Haftstrafe verbüßen. Er beköstigt sich selbst. Bei der Entlassung werden ihm auch noch Haftkosten in Anrechnung gebracht.

Ich bitte, wofür? Ich habe doch meine Beköstigung selbst bezahlt?

Für — Benutzung der Gefängnisräume!

Aus Industrie und Handel.

Wie eine halbe Million verdient wird. Unser Parteiorgan in Hannover, „Der Volkswille", schildert in interessanter Weise, was bei der Deckung der letzten Anleihe der jetzt in so bedrängter Lage befindlichen Hannoverschen Straßenbahn verdient wurde. Zur Ausgabe gelangten 6 000 000 M. Aktien zu 106 Proz., für die drei erste Banken die Emission übernahmen. Da das Publikum durch die der Generalversammlung vorhergegangenen Agitationen nicht recht in Stimmung war, so wurden die Aktien nicht gleich an den Markt gebracht. Ohne daß sich das geringste in der Lage der Straßenbahn oder im Geld- oder Effektenmarkte günstig veränderte, gelangte die Ueberzeugung, daß es sich um ein sehr steigerungsfähiges, erstklassiges Papier handle, mehr und mehr zum Durchbruch. Die Aktien stiegen und stiegen, und „niemand wußte warum". Bei 118 Proz. angekommen, fing das Konsortium an zu verkaufen; die Flutwelle stieg noch eine Zeit lang, bis Ende der 120 Proz., lange genug, um dem Publikum Gelegenheit zu bieten, sich an den so prachtvoll steigenden Aktien satt zu kaufen. Wieder ohne jeden äußeren und inneren Grund ging der Kurs dann langsam aber sicher auf den Ausgangspunkt, 106 Proz., zurück, und wieder wußte „niemand warum". Böse Menschen, die an die allbekannte „Gutherzigkeit" der Bankwelt trotz aller überzeugenden Beweise nicht glauben, behaupteten damals, daß der Höhepunkt der Flutwelle den Tag bezeichne, an dem das Konsortium die letzte Aktie abgegeben habe. Ob das wahr ist? Wer kann's wissen! Das aber steht fest, daß diese unerklärliche stille Flut für die, die mit ihr zu schwimmen verstanden, mindestens eine Million Mark eingebracht hat; denn bei 6 Millionen sind dazu nur 16⅔ Proz. nötig, also bei 106 Proz. eine Durchschnittsverwertung von 122⅔ Proz. Wieviel aber schon bei den 106 Proz. verdient war, das entzieht sich noch mehr der Kenntnis, als die Trinkgelder, die jene andren „hochangesehenen" Herren unsrer Stadt gelegentlich einer Aktien-Emission erhalten haben sollen.

Ein Opfer der Dresdener Kreditanstalt. Die Kulmbacher Rizzi-Brauerei bildet gegenwärtig das Objekt eines Sanierungsversuchs, bei dem einige Banken wieder erst recht tüchtig das Rupfen besorgen. Bemerkenswert war schon die Vorversammlung der Aktionäre, in der auf einmal der für verschollen gehaltene Kommerzienrat Horn, Direktor der verkrachten Kreditanstalt und Aufsichtsrat der Rizzi-Brauerei, unerwartet auftauchte. Den ihn verwundert Anstarrenden erzählte er, die Staatsanwaltschaft habe die wider ihn schwebende Untersuchung wegen Bilanzverschleierung eingestellt. Damit sei seine Ehre wieder hergestellt, denn die Einleitung einer Untersuchung könne jedem passieren. Von nun ab wolle er wieder seine geschäftliche Thätigkeit aufnehmen. Die Aktionäre fanden aber doch ein Haar in der Anwesenheit gerade dieses Aufsichtsrats-Mitgliedes und so fiel denn die Aussprache zwischen dem Aufsichtsrat und den Aktionären ziemlich unparlamentarisch aus. Die Geschäftsleitung mußte zugeben, daß 2 300 000 M. verwirtschaftet waren. Die Reorganisation der Gesellschaft soll nun in der Weise erfolgen, daß pro Aktie 35 Proz. zugezahlt wird. Die nicht um diesen Betrag vermehrten Aktien sollen im Verhältnis von 3 zu 1 (Vorzugsaktien A) und 5 zu 1 (die übrigen Aktien B) zusammen gelegt werden. Die Entrüstung der kleinen Aktionäre war ziemlich groß, zumal sie gegen die Banken mit deren Rechtsanwaltsanhang völlig hilf- und ratlos dastehen. Ein Aktionär führte ganz richtig aus, die ärmeren Aktionäre würden durch diesen Beschluß gezwungen, ihre Aktien für ein Butterbrot den Banken zu überlassen.

Einen Wuchergewinn wird die Reorganisation dem rettenden Kapital einbringen. Da die Gesellschaft sofort größere Summen bedarf, hat die Bank für Brau-Industrie 750 000 M. zur Verfügung gestellt. Diese Bank wie das bayrische Hilfskomitee erhalten je 60 Genußscheine, die allgemein auf je drei Aktien ausgegeben werden. 60 Genußscheine repräsentieren einen Wert von 105 000 M. Das Bankhaus Arnhold-Dresden bekommt für die Einführung der Aktien an der Dresdner Börse 20 000 M. Die Reorganisation kostet also, wie Bankier Mankiewitz ausführte, den Spaß von 280 000 M. Ein Aktionär machte darauf aufmerksam, daß die Bank für Brau-Industrie wahrscheinlich nur mit 250 000 M. in Anspruch genommen werden würde, weil die meisten Aktionäre die Zuzahlungen zu leisten beabsichtigten. Trotzdem bliebe der Verdienst der Bank 105 000 M. Als die Aktionäre bei diesem Rechenexempel zu murren begannen, besänftigte sie Bankier Arnhold mit dem Hinweis, **bei Reorganisationen dürfe man nicht kleinlich denken! Derartige Provisionen seien gang und gäbe.**

Trotz des unverkennbaren Ingrimms der geschädigten Aktionäre ergab sich das wunderbare Bild, daß alle Anträge des Aufsichtsrats fast einstimmig angenommen und ein Teil der bisherigen Aufsichtsräte trotz der Opposition wiedergewählt wurden. Die zersplitterten und führerlosen kleinen Kapitalisten vermochten eben nicht den nach Verabredung handelnden Großbanken wirkungsvoll entgegenzutreten. So konnte sich Kommissionsrat Limmer den Scherz leisten, im Namen des neuen Aufsichtsrats zu erklären: „Wir werden versuchen, manches von dem, was wir vielleicht versäumt haben, wieder gut zu machen, und bitten um die Mitwirkung der Aktionäre dazu."

Wes Geistes Kinder die Herren Aufsichtsräte sind, zeigt auch der Geschäftsbericht, der den Geschäftsrückgang der Aktiengesellschaft nicht auf die Mißwirtschaft des Aufsichtsrates, sondern auf die Erhöhung der Arbeitslöhne und die Verkürzung der Arbeitszeit zurückführt.

Die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft giebt in ihrem Geschäftsbericht an, daß die Zahl der Arbeiter von 17 361 im Vorjahre auf 14 644 in diesem Jahre zurückgegangen ist. Diese Zahlen geben recht deutlich den Rückgang in diesem Industriezweig an und vergegenwärtigen die ungeheuren Opfer, die die Arbeitslosigkeit von den Arbeitern fordert.

Unter den niederländischen Diamantarbeitern herrscht noch immer große Arbeitslosigkeit, wenn auch die Krise in diesem Gewerbe ihren Höhepunkt überschritten zu haben scheint. Nach einer Statistik, die sich aber nur auf die organisierten Arbeiter erstreckt, betrug die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Novemberwoche 1898: 97, in der zweiten Januarwoche 1900 aber: 3568. Dies sind die beiden äußersten Punkte der Arbeitslosigkeit. 1898 war die höchste Zahl der Arbeitslosen 1323, die niedrigste 97, der Durchschnitt 903; 1900 die höchste Zahl 3568, die niedrigste 406, der Durchschnitt 1841. — 1901 ist eine Besserung der Geschäftslage eingetreten, der Zustand ist aber auch jetzt noch nicht besonders günstig. Sieben Wochen stieg in diesem Jahre die Arbeitslosenzahl über 1000; die höchste Zahl war bis jetzt 1372, die niedrigste 380. Die Arbeitslosigkeit scheint um so bedeutender, als man in Betracht ziehen muß, daß im Diamantschleifer-Gewerbe seit einigen Jahren auf Verlangen der Gewerkschaft keine Lehrlinge mehr angenommen werden. —

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Unternehmer-Terrorismus. Der Verband der Holzindustriellen in trauter Gemeinschaft mit der Tischler-Zwangsinnung in Leipzig hat bekanntlich beschlossen, die zur Zeit noch ausständigen Arbeiter der Betriebe W. Schlobach in L.-Gohlis und Müller in Leipzig, Alexanderstraße, ein halbes Jahr lang aus den Werkstätten der beiden Unternehmer-Organisationen auszusperren.

In einem Falle hat man, wie die „Leipz. Volksztg." mitteilt, einen bereits angenommenen Arbeiter wieder entlassen unter ausdrücklicher Berufung auf den oben angeführten Beschluß. Einem andren Arbeitsuchenden ist mitgeteilt worden, man könne ihn nicht einstellen, weil der Unternehmer sonst 1000 M. Konventionalstrafe zahlen müsse.

Uebrigens herrscht bei der Firma Schlobach entgegen den Behauptungen, daß alle Plätze besetzt seien, noch immer Arbeitermangel. So hat man in den letzten Tagen erst wieder zwei Tischler eingestellt und ihnen den horrenden Lohn von 30 bezw. 32 Pf. pro Stunde versprochen, obgleich es sich um ältere Arbeiter handelte. Wenn weiter die Firma in ihren Engagementsschreiben die Bedingung stellt, daß nur Nichtverbandsmitglieder angenommen werden, so beweist die Firma Schlobach damit nur das, was längst schon in Böhlitz-Ehrenberg von ihr bekannt war. Die lieben, so besonders geschützten Arbeitswilligen sind aber doch nicht die tüchtigen Arbeitskräfte, so daß man gestern bereits einen Maschinenarbeiter wieder entlassen hat.

Tarifregelung im Buchdruckgewerbe. Die Regelung der Lokalzuschläge ist nun auch im zweiten Tarifkreise (Rheinland-Westfalen) erfolgt und dabei folgendes Resultat gezeitigt: Die Städte Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen und Köln sind in ihren schon vorhandenen Lokalzuschlägen um je 2½ Proz. gesteigert; die Städte Altena, Hamm, Hattingen, Herford, Iserlohn, Lüdenscheid, Minden, Münster, Paderborn, Recklinghausen, Saarbrücken, Siegen, Trier Unna und Wesel — bisher ohne einen Teuerungszuschlag — erhielten einen solchen von 5 Prozent, die Städte Ohligs und Witten einen solchen von 7½ Prozent. Die Orte Aachen, Barmen-Elberfeld, Bochum, Bonn, Koblenz, Krefeld, Düren, Essen, Hagen und M.-Gladbach, die größeren und industriereichsten, sind mit ihren Anträgen auf Erhöhung des Lokalzuschlags abgewiesen. — Das Kreisamt im 6. Tarifkreise lehnte nur die Erhöhung des Lokalzuschlages für Weimar ab, erhöhte aber denselben für Erfurt und Magdeburg von 8½ auf 10 Proz.; weiter erfuhren genannte Zuschläge in den Orten Eisenach, Gera, Gotha und Naumburg eine Aufbesserung um je 2½ Proz., sowie die Städte Bernburg, Halberstadt, Jena, Koburg, Köthen, Mühlhausen i. Th. und Zeitz erstmalig einen Zuschlag von 5 Proz. und Apolda, Weißenfels und Wittenberg von 7½ Proz.

Der Vorstand des Scherenfabrikanten-Vereins Solingen versendet an seine Mitglieder eine Liste, enthaltend die Namen von Scherenschleifern, die angeblich bei Mitgliedern des Scherenfabrikanten-Vereins streiken, mit dem Bemerken, daß die angeführten Scherenschleifer bis auf weiteres nicht mehr von den Mitgliedern des Fabrikantenvereins beschäftigt werden dürften. Ein günstiger Wind hat unsrem Solinger Parteiblatt ein Exemplar dieser Liste auf den Redaktionstisch geweht. — Ob unser Parteiblatt gerade geschickt gehandelt hat, wenn es seine Kenntnis von dem Inhalt der Liste durch den Abdruck aller in derselben vorgesehenen Namen (!) beweist, wollen wir allerdings lieber unerörtert lassen.

Zuzug von Steinarbeitern ist von Bayreuth unbedingt fernzuhalten, da dort Differenzen drohen.

Ausland.

Zündholzarbeiter-Streik. Wie das galizische Partei-Organ „Naprzód" (Vorwärts") berichtet, sind sämmtliche Arbeiter (zweihundert, darunter achtzig Frauen) der Zündholzfabrik von Lipschütz in Skol (Galizien) in den Streik getreten. Die systematische Uebervorteilung und unmenschliche Behandlung der Arbeiter hat ihnen längst diesen Schritt nahe gelegt. Die unmittelbare Ursache zum Ausbruch des Streiks bildete die Entlassung von fünf Arbeitern, weil sie einer socialdemokratischen Organisation angehörten. Die Arbeiter ergriffen einmütig für die Entlassenen Partei und forderten ihre Wiedereinstellung. Als diese verweigert wurde, erklärten sie den Streik. Drei Arbeiter wurden als „Rädelsführer" von der Gendarmerie verhaftet.

Socialres.

Zum Arbeiterschutz in den Pinselfabriken. Nachdem Untersuchungen des Reichs-Gesundheitsamtes in einer Nürnberger Pinselfabrik ergaben, daß die bisher von dem Desinfektionszwang befreiten festen und halbfesten Borsten unter der Desinfektion nicht leiden, hat die bayrische Regierung angeordnet, daß vom 1. November an sämtliche Borsten vor der Bearbeitung desinfiziert werden müssen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oestreichisches Abgeordnetenhaus.

Wien, 13. November. (W. T. B.) Der Budgetausschuß begann heute die Einzelberatung des Handelsbudgets. Im Laufe der Beratung erklärte Handelsminister Frhr. v. Call bezüglich der Kanäle, ein streckenweises Vorgehen müsse vermieden und ein vollständiger Versuchs-Kanal gebaut werden, wofür der Donau-Oder-Kanal mit einem Anschluß an die Weichsel namentlich wegen der günstigen Geländeverhältnisse besonders in Betracht komme.

Gegenüber der vom Berichterstatter Bärnreither angeregten Subventionierung des internationalen Arbeitsamtes in Basel erklärt der Minister, er müsse sich eine endgültige Stellung vorbehalten, da es sich um ein Privatbureau handle, dessen staatliche Unterstützung um so eher zu Mißdeutung Anlaß geben könne, als die Regierung mit der ungrischen Regierung eine Aktion zur Errichtung eines offiziellen internationalen Informationsbureaus für Arbeiterschutz einleitete.

Auf die letzte Rede des preußischen Handelsministers Bezug nehmend bemerkte der Pole Kozlowski, so erwünscht für Oestreich eine Regelung der Handelsvertragsverhältnisse mit Deutschland sei, so dürfe man doch nicht Handelsverträge um jeden Preis abschließen.

Kramarsch beschwert sich über die Behandlung polnisch adressierter Briefe in Preußen, und wünscht, daß die Regierung den hierbei in Frage kommenden Bestimmungen des Weltpostvereins in Preußen Geltung verschaffe.

Rücktritt des französischen Botschafters Constans.

Konstantinopel, 13. November. (Meld. des Wiener Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die in Umlauf gesetzte Nachricht, daß der französische Botschafter Constans bald nach seiner Rückkehr nach Konstantinopel von seinem Botschafterposten scheiden werde, scheint richtig zu sein, doch handelt es sich hierbei keineswegs um eine Folgewirkung des Konflikts zwischen Frankreich und der Türkei. Constans hat bereits seit längerer Zeit die Absicht gehabt, gelegentlich der Neuwahlen zu der französischen Kammer wieder in das politische Leben zurückzukehren.

Zur Bergarbeiterbewegung in Frankreich.

Paris, 13. November. (W. T. B.) In der Beratung, welche die Abgeordneten des nationalen Bergarbeiter-Verbandes heute nachmittag mit der Arbeits-Kommission der Deputiertenkammer hatten, setzten sie insbesondere die Wünsche der Bergarbeiter hinsichtlich des Achtstundentages auseinander, der nach ihrer Ansicht keineswegs die Produktion vermindern, wohl aber die Lage der Bergarbeiter beträchtlich bessern würde. Die Abgeordneten führten als Beispiel die „Mine aux Mineurs" an, wo der Achtstundentag eingeführt sei, und fügten hinzu, durch Bewilligung des Achtstundentags würde der eventuelle Ausbruch eines allgemeinen Ausstandes verhindert werden. Die Arbeitskommission wird, ehe sie die Entscheidung trifft, nächsten Freitag erst noch die Ingenieure der „Mine aux Mineurs" hören.

Schwere Schiffsunfälle.

London, 13. November. (W. T. B.) Nach einem Telegramm aus Edinburgh soll der Zollkutter „Active" im Firth of Forth bei Granton gescheitert sein. Von der Besatzung sollen **23 Mann umgekommen** sein. — Ein Lloydtelegramm meldet aus Sunderland, daß das vollgetakelte französische Schiff „Quillota" aus Nantes bei Hendon auf den Strand geworfen sei; **17 Mann seien ertrunken.**

Frankfurt a. M., 13. November. Wie der „Frankf. Ztg." aus **Rom** depeschiert wird, verlautet in dortigen politischen Kreisen, die Dreibundmächte, denen sich wahrscheinlich England anschließen dürfte, verlangten auf Grund ihrer Verträge, die ihnen die Rechte der meistbegünstigten Nation geben, die gleichen Zugeständnisse von der Türkei, wie diese Frankreich machte.

Köln, 13. Novbr. (W. T. B.) Wie der „Köln. Volkszeitung" aus Schleiden in der Eifel gemeldet wird, ist dort das erst seit drei Jahren in Betrieb befindliche **städtische Elektricitätswerk** vollständig **niedergebrannt.**

Wien, 13. November. (B. H.) In der heutigen Gerichtsverhandlung gegen Dr. v. Ofenheim wegen Herausforderung des Bürgermeisters Dr. Lueger und des Vicebürgermeisters Dr. Neumeyer wurde Ofenheim zu einmonatlichem Kerker verurteilt.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 1. Dezember 1901. Einsendungen und Neuaufnahmen sind bis spätestens Freitag, den 22. November 1901 für „Nieder-Barnim" an den Genossen Paul Kette, Friedrichsfelde, Lichtenberger Prinzenallee 20a; „Teltow-Beeskow" an den Genossen R. Preßler, Rixdorf, Zietenstr. 69; „Potsdam-Ost-Havelland" an den Genossen Albert Neue, Spandau, Jagowstr. 9; „Diverse Orte" an den Genossen Gustav Stein, Weißensee, Frankfurterstr. 32, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14, zu senden.

Alle Anfragen und Zusendungen sind **nicht** an die Redaktion des „Vorwärts", sondern nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14 Berlin, zu senden. Die Parteiblätter der obigen Kreise werden um Abdruck des obigen ersucht.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Am Sonntag, abends 6 Uhr, findet eine Versammlung mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein und Tanz bei Cohn, Bentstr. 19/20, statt. Genossin Lily Braun referiert über „Die Bedeutung der Frauenarbeit in der socialen Entwicklung". Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Die hier arbeitenden Parteigenossen des Wahlkreises Wittenberg-Schweinitz werden ersucht, heute abend in der Versammlung Möckernstr. 114, zahlreich zu erscheinen. Im besonderen wird noch darauf hingewiesen, daß am kommenden Sonntag die erste Flugblatt-Verteilung stattfindet.

Die Vertrauensperson. J. A.: P. Grohmann, Nollendorfstr. 27.

Adlershof. Heute abend findet bei Scheer in Köpenick die Monatsversammlung des Wahlvereins statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Zubeil einen Vortrag hält.

Friedrichshagen. Einen zeitgemäßen Vortrag über „Das socialdemokratische Kommunalprogramm für die Provinz Brandenburg" hält Genosse Sonnenburg in der am Sonnabend, den 16. November, abends 9 Uhr, im Vereinslokale stattfindenden Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Lokales.

Nach der Schlacht. Im Lager des Freisinns ist der erste Schrecken über die gewaltige Niederlage, die er sich bei den diesjährigen Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung geholt hat, vorüber. Es beginnen nun die „Trauerfeierlichkeiten": die Versammlungen der freisinnigen Bezirksvereine mit der Tagesordnung „Nach den Stadtverordneten-Wahlen."

Ein paar Versammlungen dieser Art haben bereits stattgefunden. Die Freisinnigen sind im allgemeinen nicht im unklaren über die Ursachen ihres Mißerfolges. Zwar möchten sie ihn ein wenig mit der Veränderung der Klasseneinteilung und mit der Neuabgrenzung der Wahlbezirke bemänteln; andrerseits verhehlen sie sich aber doch nicht, daß sie ihre Niederlage den zahlreichen Begehungs- wie Unterlassungssünden verdanken, deren sich der Liberalismus in der Berliner Kommunalverwaltung fort und fort schuldig gemacht hat.

Was nun? Diese sorgenschwere Frage wird im Lager des Freisinns verschieden beantwortet. Es fehlt nicht an Optimisten, in deren Köpfen noch immer der Gedanke einer „Verjüngung des Liberalismus spukt. Es scheint jedoch, als ob die Pessimisten, die für den Liberalismus nichts mehr von der Zukunft zu hoffen wagen, augenblicklich in der Mehrheit sind.

Der „Ruck nach links", von dem sich die Optimisten einen neuen Aufschwung versprechen, ist für den Liberalismus so oft gefordert worden, so oft als bevorstehend angekündigt worden und doch immer wieder ausgeblieben, daß in der That nur ein Narr noch darauf warten kann. Auch die Wahlagitation hat diesmal deutlich gezeigt, daß der Freisinn den Trieb hat, nicht nach links, sondern immer weiter nach rechts hinüberzurücken. Worüber ihm die Berliner Bevölkerung am Wahltage die verdiente Quittung ausgestellt hat!

Ein Zeichen der Zeit. Der Berliner „Verein zur Besserung der Strafgefangenen" ist im Jahre 1900 von mehr Strafentlassenen als im Jahre 1899 um Beschaffung von Arbeit gebeten worden, hat aber weniger Strafentlassene als im Jahre 1899 in Arbeit bringen können. Die Zahl der durch den Verein Arbeit suchenden Strafentlassenen ist von 4781 auf 4866 gestiegen; die Zahl derjenigen, denen vom Verein Arbeit nachgewiesen worde, ist von 3684 auf 8494 gesunken. Selbst der „Vorzug" der größeren Billigkeit, den die von diesem Verein angebotenen Arbeitskräfte vor andren Arbeitern voraushaben, hat es nicht zu verhindern vermocht, daß auch hier die Verminderung der Arbeitsgelegenheit den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflußte. Im Jahre 1901 dürfte das Ergebnis der Arbeitsvermittelung des Vereins noch weniger günstig sein.

Eine neue Doktorin der Berliner Universität. Bei der philosophischen Fakultät ist wieder die Promotion eines weiblichen Doktors feierlich vollzogen worden. Die junge gelehrte Dame ist eine Amerikanerin Miß Mary Williams Montgomery. In ihrer Dissertation veröffentlicht Fräulein Montgomery in Umschrift und Uebersetzung altbabylonische Schriftdenkmäler, die von Thontafeln des britischen Museums stammen; es sind Briefe aus der Zeit des babylonischen Königs Hammurabi (etwa 2250 v. Chr.). Die von der Dame bei der öffentlichen Promotion verteidigten drei Thesen lauten: 1. Es ist wahrscheinlich, daß die Babylonier eine Art Geldprägung kannten. 2. Hammurabi war gleich den übrigen Königen der ersten babylonischen Dynastie kanaanäischen Geblüts. 3. Das Assyrische erweist sich in immer gesteigertem Grade als die dem Hebräischen nächst verwandte semitische Sprache.

Zu dem Vorfall in der neu erbauten Gemeindeschule in der Christianiastraße, worüber wir gestern berichteten, wird mitgeteilt, daß am Mittwoch in der Schule ein Medizinalbeamter erschienen ist, um die Ursache der Erkrankungen festzustellen, ohne indes zu einem abschließenden Resultate zu kommen. Die Vermutung, daß es sich um eine Gasvergiftung handle, scheint nicht stichhaltig zu sein, da die Gasleitung als fehlerfrei befunden worden sein soll.

Als ständigen Musik-Sachverständigen hat das Berliner Polizeipräsidium dem Vernehmen nach den königl. Hof-Kapellmeister Joseph Sucher berufen. Von dessen Gutachten wird es also künftig abhängen, ob die Aufführung gewisser Musikstücke an bestimmten Feiertagen polizeilicherseits zugelassen werden kann oder nicht.

Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am heutigen Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, hat u. a. folgende Gegenstände der Tagesordnung zu erledigen:

Erhöhung der tarifmäßigen Gebühren der Taxatoren bei der städtischen Feuer-Societät. — Vorlagen betreffend: die erfolgte Bauabnahme der neuen Gemeindeschule in der Grenzstraße sowie des Anbaues an das Badehaus des städtischen Krankenhauses im Friedrichshain, — den Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse im Vierteljahr Juli—September 1901, — die Festsetzung des Etats der Sublevationskasse für das Etatsjahr 1902, — die Einrichtung der in Neubeeren und Heinersdorf vorhandenen Häuslingsbaracken zu Schnitterbaracken, — Umwandlung der in Heinersdorf bestehenden Societätsschule in eine Kommunalanstalt des Gutsbezirks Osdorf, — den Jahresabschluß der städtischen Gaswerke für das Etatsjahr 1900, — die Herstellung eines Aufenthalts- und Trockenraumes für die beim Waschen der Eisenbahnwagen beschäftigten Arbeiter des städtischen Vieh- und Schlachthofes, — die für Erwerbungen und Beschränkungen von Straßenland auf Grund von Entschädigungsbeschlüssen oder richterlichen Entscheidungen in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1901 gezahlten Beträge, — die Festsetzung eines einheitlichen Satzes für die Verpflegung der in Fürsorge-Erziehung befindlichen Minderjährigen, — der Erlaß von Reglements über die Ausführung der Fürsorge-Erziehung und die Verwaltung der städtischen Erziehungs- und Besserungs-Anstalten, — die Entschädigung der Eigentümer der Grundstücke Siegmundshof 6 und 10 für die Entwertung ihrer Grundstücke infolge Höherlegung der Straße Siegmundshof — und den Nachtrag zum Specialetat 27, umfassend die laufenden Unterhaltungskosten der in dem ehemaligen Erziehungshause am Urban am 1. Dezember d. J. zu eröffnenden Krankenstationen.

Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar um 6 Uhr, durch den Herrn Oberbürgermeister die Einführung des Gymnasialdirektors Professor Dr. Voigt als Stadtschulrat und im Anschlusse hieran die Wahl eines besoldeten Stadtrats statt.

Die Krankenkasse Wohlfahrt. Die Liquidatoren Bethge und Werner der vorläufig geschlossenen „Wohlfahrt", Krankenkasse für ganz Deutschland in Berlin, fordern die Mitglieder der Kasse auf, ihre vermeintlichen Krankengeldforderungen unter Glaubhaftmachung bis spätestens 10. Dezember 1901 schriftlich bei den Liquidatoren anzumelden, andernfalls sie bei einer etwa vorzunehmenden Masseverteilung nicht berücksichtigt werden können. Alle Personen, die andre Forderungen an die „Wohlfahrt" haben, werden gleichfalls aufgefordert, diese bis 10. Dezember 1901 bei den Liquidatoren schriftlich geltend zu machen. Berechtigt zur Empfangnahme von Geldern für die „Wohlfahrt" sind nur die Liquidatoren, deren Geschäftslokal sich bis auf weiteres Berlin N., Wörtherstr. 38 II. befindet. Kassenstunden werktäglich von 12 bis 3 Uhr nachmittags.

Das kgl. Polizeipräsidium teilt mit: Zu dem Mordversuch auf die achtzigjährige Freiin Thekla von Truchseß und Wetzhausen in Würzburg macht die Staatsanwaltschaft über die der That verdächtigen Personen noch folgende Angaben: In Betracht kommen eine angebliche Marie Rebe und ihr Begleiter, die wahrscheinlich mit folgenden Personen identisch sind: 1. einer angeblichen Bertha Rebe aus Halle a. S., die am 13. Oktober unter Mitwirkung eines Mannes ihrer Dienstherrschaft, Opernsänger Otto Werner in Zürich, um Schmucksachen und Bargeld im Gesamtbetrag von über 200 Fr. bestahl. Die Bertha Rebe ist 23 bis 25 Jahre alt, mittelgroß, schlank und schmächtig, hat ein mageres blasses Gesicht und kränkliches Aussehen, sie trug ein schwarzes feinwollenes Kleid mit kurzer Jacke, weiß und schwarz gewürfelte Bluse, grünen Unterrock und schwarzen runden Hut. Sie gab der Dienstherrschaft an, sie sei in Wiesbaden aufgezogen, wo Mutter und Schwester noch lebten, und sei vor zwei Jahren zu einer Frau Hascher als Dienstmädchen nach Basel gekommen, von der sie ein Zeugnis aufwies. Sie erzählte auch öfters von Riga. Der Begleiter ist etwa 30 Jahre alt, ist 1,70 bis 1,72 Meter groß, hat dunkle Haare, einen dunklen stark gedrehten Schnurrbart, gerötetes volles Gesicht, spricht Schweizer Dialekt und trug einen schwarzen, langen scheinbar zu großen (Offiziers-) Mantel, schwarzen weichen Filzhut und grobe schwere Schnürschuhe; 2. einer angeblichen Anna Maria Müller, geboren am 14. April 1880 in Darmstadt, 3. einer angeblichen Anna Rebe aus Wiesbaden, die am 2. November in Frankfurt a. M. ihrer Herrschaft Geyer wertvolle Schmucksachen und einen Herrenüberzieher stahl.

Zahlreiche Taschendiebinnen hat die Kriminalpolizei festgenommen. Eine Witwe Krutzig sollte sich wegen Taschendiebstahls vor Gericht verantworten, erschien aber nicht zur Verhandlung. Als man sie nun verhaften wollte, war die Wohnung leer. In der Vermutung, daß die Frau sich wieder stehlend umhertreibe, beobachteten Kriminalbeamte die Markthalle an der Ackerstraße, in der in der letzten Zeit viele Käuferinnen bestohlen worden waren, und fanden schließlich auch die Gesuchte, die ihre Tochter „deckte", während diese die Taschendiebstähle ausführen mußte. Die Beamten nahmen beide fest, als sie von einer noch nicht bekannten Dame ein Portemonnaie mit 8 M. und zwei Marken der Spindlerschen Färberei erbeutet hatten. Frau Kussig wurde in Untersuchungshaft gesetzt, ihre Tochter mußte wieder entlassen werden, weil sie noch nicht strafmündig ist. — In der Passage Unter den Linden fielen in den letzten Wochen fünf junge Mädchen auf, die dort gut lebten, Kaffee tranken, Kuchen aßen, Vorstellungen besuchten und im übrigen sich ganze Nachmittage und Abende umhertrieben. Unter der Hand erfuhren Kriminalbeamte, daß sich wiederholt Besucher in der Garderobe 2c. über Geldverluste beschwert hatten. Sie sahen sich nun die fünf Mädchen noch etwas genauer an und kamen bald in die Lage, sie als Taschendiebinnen dingfest zu machen. Führerin der Bande war ein Gretchen F. aus der Flottwellstraße. Ihr unterstanden ihre Schwester Ella, eine Frieda H. aus der Körnerstraße und zwei noch strafunmündige Kinder aus der Flottwell- und Körnerstraße. Die jungen Diebinnen, die auch in den Vorstellungen gemeinsam „arbeiteten", verstanden es oft, den Bestohlenen das geleerte Portemonnaie wieder in die Tasche hineinzuschmuggeln. Die drei Strafmündigen wurden dem Untersuchungsrichter zugeführt, die beiden andern wieder auf freien Fuß gesetzt. — Der Hausdiener Arthur Paul und seine Schwester Alma machten sich durch Geldausgaben, die im Widerspruch zu ihrem heruntergekommenen Aeußeren standen, verdächtig. Als sie angehalten wurden, besaß Paul 63 M. und seine Schwester 10 M. Beide gaben, ebenso wie anfangs auch die fünf jugendlichen Diebinnen, falsche Namen an, wurden aber von einem Kriminalbeamten, der früher schon mit ihnen zu thun gehabt hatte, erkannt und räumten schließlich ein, das Geld einem Herrn an der Ecke der Potsdamer- und Bülowstraße aus der Tasche gestohlen zu haben. Der Bestohlene hat seinen Verlust noch nicht angezeigt, ist daher auch noch nicht bekannt Das leere Portemonnaie hatten ihm Festgenommenen, die die in Untersuchungshaft übergeführt wurden, wieder zugesteckt.

Von der Hochbahn. Die erste zur Eröffnung kommende Strecke soll die vom Stralauer Thor bis zum Halleschen Thor sein. Sie dürfte nach den zuletzt getroffenen Bestimmungen zu Neujahr eröffnet werden. Im Februar oder März wird dann der Betrieb bis zum Potsdamer Platz und bis zur Bülowstraße ausgedehnt werden. Die Eröffnung des Betriebes auf der gesamten Bahn vom Bahnhof Warschauerstraße bis zum Zoologischen Garten soll mit Bestimmtheit am 1. April n. J. erfolgen.

Ein Baunfall trug sich gestern nachmittag in der Prinzen-Allee zu. Beim Abbruch eines Hauses stürzte der 45 Jahre alte Steinträger Heinrich Simon aus der Oppelnerstraße von einer sechs Meter hohen Mauer auf einen Haufen Bauschutt herab und zog sich schwere Schädelverletzungen und mehrere Rippenbrüche zu. Ein Koppscher Rettungswagen brachte den Verunglückten von der Unfallstation 17 nach der Charité.

Feuerbericht. In der Lebuserstr. 15 brannte in der Nacht zum Mittwoch ein Posten Werg in einer Polsterwerkstatt. Mit einem Rohre wurde die Gefahr beseitigt. Kurz darauf wurde die Wehr nach Andreas-Platz 3 gerufen, wo Hölzer in einer Tischlerei brannten. Reichenbergerstr. 163 hatten Fleischwaren in einer Räucherkammer Feuer gefangen. Ein Alarm nach Grüner Weg 47 betraf einen kleinen Wohnungsbrand. Auch in letzter Nacht wurde wieder einmal Unfug an einem öffentlichen Melder verübt und zwar in der Soldinerstraße, ohne daß der Thäter ermittelt wäre.

Unter dem Verdachte schwerer Sittlichkeitsverbrechen wurde gestern in seiner Wohnung Wilhelmstr. 11 der frühere Hofschlächtermeister und jetzige Rentier H. Behrend verhaftet. Er wird beschuldigt, an minderjährigen Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Wie wir seiner Zeit gemeldet, war Behrend mit dem in Untersuchungshaft befindlichen „Bankier" Max Opitz lange befreundet; er hat mit ihm bekanntlich auch in geschäftlichen Beziehungen gestanden. Es wird angenommen, daß Opitz an verschiedenen Sittlichkeitsdelikten des Behrend beteiligt gewesen ist.

Ebenfalls ist gestern der Verwalter des Hauses Pappelallee 129, Karl Busch, wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen an Kindern verhaftet worden. Busch unterhielt in dem Hause, das als das verrufenste der ganzen Gegend gilt, auch eine Pflegestelle für ungefährliche weibliche Geisteskranke, die ihm von den städtischen Irrenanstalten in Dalldorf und Herzberge in Privatpflege übergeben wurden. Diese armen Geschöpfe mußten auf dem Dachboden kampieren und es besteht der Verdacht, daß sich der Lüstling auch an ihnen vergriffen hat.

Die volkstümliche Kunstausstellung im „Berliner Gewerkschaftshause", Engel-Ufer 15, wird in diesem Winter in den Monaten Januar und Februar stattfinden. Vorläufig sind für jede Woche zwei Abende, Donnerstag und Freitag, vorgesehen. Jeder Ausstellungsabend wird durch den Vortrag eines Malers oder Kunstschriftstellers eingeleitet; hieran schließen sich die Führungen, bei denen auf die Fragen und Einwürfe der Besucher in ausführlicher Weise eingegangen werden soll. Es wird dafür Sorge getragen werden, daß außer dem Vortragenden noch andre Kunstverständige zur Stelle sind, die sich dem Publikum zur Verfügung stellen. Zu jedem Abend werden nur 100 Eintrittskarten à 20 Pf. ausgegeben; diese Karten können bereits jetzt von der Verwaltung des Gewerkschaftshauses bezogen werden. Am Mittwoch, den 20. November (Bußtag), abends 8 Uhr, spricht der Leiter der Ausstellung, Herr Maler Otto Feld, im großen Saale des Gewerkschaftshauses über das Thema: „Kunst und Volk". Der Eintritt zu diesem Vortrag ist frei.

Der Direktor des Berliner Prater-Theaters, Paul Kalbo, ist gestern im Alter von 41 Jahren verstorben. Paul Kalbo war am 26. März 1861 zu Berlin geboren, wo auch sein Vater Direktor des Prater-Theaters war.

Aus den Nachbarorten.

Die in der Lichtenberger Bestechungs-Affaire neuerdings von bürgerlichen Blättern gebrachten Meldungen finden nicht überall Glauben. Da der Berliner Stadtverordneten-Ausschuß in Sachen des Viehhof-Terrains erneut verhandeln will, so sind, wie man uns schreibt, Mitteilungen besänftigender Natur zu verstehen. Dem Herrn Bankier Fränkel in der Elsasserstraße, dem gegen Provision thätigen Agenten, wird es nicht angenehm sein, gerade jetzt festgestellt zu wissen, daß in dem schwebenden Disciplinarverfahren gegen einen Gemeindebeamten sozusagen erwiesen ist, daß Herr Fränkel, entgegen der fürstlichen Anordnung (d. d. Nizza, im März d. J.), Verhandlungen gepflogen hat, deren Charakter nicht ganz unbedenklich ist. Ebenso werden wohl alle andren Erscheinungen der Affaire einen Ausgang nehmen, der nicht an das Hornberger Schießen erinnert, und das ganz unabhängig davon, ob der „nicht beauftragte" Agent Berger oder sonst wer erklärt, nicht klagen zu wollen oder — nicht klagen zu können.

Für die Stadtverordneten-Stichwahlen in Charlottenburg soll einer Mitteilung der „Bürger-Zeitung" zufolge ein Kompromiß zwischen der liberalen Fraktion und den Socialdemokraten zu stande gekommen sein. Bekanntlich steht im 1. Bezirk ein Socialdemokrat mit einem Konservativen, im 6. und 7. Bezirk je ein Socialdemokrat mit einem Liberalen und im 8. Bezirk ein Liberaler mit einem sogenannten Unpolitischen in Stichwahl. Das genannte Blatt will nun von „gut unterrichteter Seite" wissen, daß die Socialdemokraten im 8. Bezirk für den Liberalen einzutreten beschlossen haben und daß als Entgelt dafür im 1. Bezirk die Liberalen für den Socialdemokraten stimmen. Ja, die „gut unterrichtete Seite" weiß noch mehr, sie ist in die intimsten Parteiverhältnisse eingeweiht und kennt Vorgänge, die selbst den Parteiführern völlig neu sind. So soll die Absicht bestanden haben, bei einer eventuellen Neuwahl, die durch eine Doppelwahl des socialdemokratischen Stadtverordneten Vogel eintreten könnte, den bisherigen liberalen Führer Wöllmer aufzustellen. Ferner sollen einige Liberale das Ansinnen an die Socialdemokraten gestellt haben, den 6. Bezirk den Liberalen abzutreten, die ihnen dafür den 7. Bezirk überlassen sollen.

Alle diese Nachrichten, so bestimmt sie auch auftreten, sind nichts weiter als thörichtes Geschwätz und man kann nur im Zweifel darüber sein, ob die Dummheit oder die Verlogenheit des Verbreiters dieser Ammenmärchen größer ist. Mehr als thöricht es ist, davon zu faseln, daß die Socialdemokraten und die Liberalen in den beiden Bezirken, wo sie gegeneinander kämpfen, gewissermaßen Frieden schließen und die Mandate unter sich verteilen sollen. Noch dümmer ist es, den Socialdemokraten zuzumuten, sie würden, falls einer ihrer Genossen doppelt gewählt würde, den Gegnern ein Mandat abtreten, ganz abgesehen davon, daß Genosse Vogel bekanntlich als Hausbesitzer aufgestellt ist, während der von der „Bürger-Zeitung" als Nachfolger Vogels auserkorene Freisinnige Wöllmer überhaupt nicht Hausbesitzer ist. In Wirklichkeit werden natürlich die Socialdemokraten in den Bezirken, wo sie selbst zur Stichwahl stehen, alles daran setzen, um den Sieg zu erringen, und welche Taktik sie im achten Bezirk, wo sie die ausschlaggebende Partei sind, befolgen werden, darüber zu entscheiden ist einzig die Generalversammlung des Wahlvereins kompetent. Bis diese gesprochen hat, muß sich der Lügenfabrikant der „Bürger-Zeitung" schon gedulden.

Stadtverordneten-Wahlen in der Provinz. Die Stadtverordneten-Wahlen erster Abteilung in Schöneberg, durch welche dank dem Klassenwahl-Unrecht von insgesamt 373 Wählern zehn Mandate neu zu besetzen sind, fanden in dem einen, das ganze Stadtgebiet umfassenden Bezirk dieser Abteilung gestern im dortigen Rathause statt und ergaben folgendes Resultat: Es wurden gewählt: Gutsbesitzer Theodor Richnow, Kaufmann Rudolf Rösner, Eigentümer Eduard Sarre, Rentier Ernst Bellmann, Architekt Richard Göhrmann, Stadtbaurat a. D. Otto Lohausen, Kaufmann Karl Claus, Rentier Otto Erdmann, Kaufmann Siegfried Hepner, Rentier Karl Kaufmann.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung wurden Dienstag in Potsdam gewählt: 1. Wahlbezirk: Eisenbahnsekretär Jenner (kons.) 521 Stimmen, Malermeister Plage (kons.) 564, Lehrer Krause (kons.) 536 und Rentier Müller (kons.) 469 Stimmen. In Stichwahl kommen Brunnenbaumeister Jopel (Ant.) 365, mit Schuhmacher Stab (Soc.) 241, ferner Arzt Dr. Kasack (Bezirksvereinler) 247, mit Kaufmann Werdermann (Ant.) 292 Stimmen. 2. Wahlbezirk: Konditor Hellriegel (kons.) 394 Stimmen; in Stichwahl kommen Kaufmann Herrmann (lib.) 312, mit Kaufmann Kuehnlein (Ant.) 283 Stimmen; ferner Arzt Dr. Mafius (lib.) 216, mit Schuhwarenhändler Haburg (Soc.) 200 Stimmen. Die Stimmenzahl unsrer Parteigenossen hat sich gegen die vorigen Wahlen um etwa 60 auf jeden Kandidaten vermehrt. Das ist nicht viel, doch muß man bedenken, daß in den Wählerlisten der dritten Abteilung gegen früher 665 Wähler weniger verzeichnet sind, und auch manche Schlafburschen, die früher wählen durften, jetzt von der Wahl ausgeschlossen sind. Vielleicht erringen wir in der Stichwahl Erfolge.

Die Stadtverordneten-Ersatzwahlen in Köpenick, die für gestern resp. heute angesetzt waren, erfuhren einen Aufschub, weil gegen die Richtigkeit der Wählerliste vor einigen Tagen Protest erhoben worden ist. In dem Protest wird behauptet, daß in der Liste der Namen eines Ausländers Aufnahme gefunden habe. Ueber die Richtigkeit des Protestes wird in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung verhandelt werden. Je nach dem Ergebnis wird dann die

Aenderung der Liste vorgenommen oder der Termin für die Wahlen festgesetzt werden.

Bei den gestern in Rathenow stattgefundenen Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung sind unsre Parteigenossen leider unterlegen. Die Wahlbeteiligung war eine ziemlich rege; von 2072 eingeschriebenen Wählern haben 905 ihr Wahlrecht ausgeübt. Es wurden abgegeben für die vier bürgerlichen Kandidaten Rentier Martens, Mühlenmeister Böttcher, Buchbinder Spottke und Kürschnermeister Schladitz 467 resp. 459 Stimmen, während die socialdemokratischen Kandidaten es auf 440 resp. 432 Stimmen brachten.

Auch unser Vorort Wilmersdorf steht jetzt im Zeichen der Kommunalwahlen. Bekanntlich haben Anfang September d. J. etliche der bürgerlichen Gemeindevertreter, die bis dahin ausschließlich das Heft in Händen hatten, ihr Amt niedergelegt. Die Ersatzwahlen sind auf den 27. November anberaumt. Selbstverständlich tritt auch die Socialdemokratie am Orte in die Wahlbewegung ein und in einer Volksversammlung, die Dienstagabend im Lokale von Strutz in der Berlinerstraße abgehalten wurde, hat die Arbeiterbevölkerung nach einem ausgezeichneten Vortrage unsrer Parteigenossin Ida Altmann ihre Kandidaten nominiert. Nach einem Appell der Rednerin an die Arbeiterschaft, sich im Wilmersdorfer Rathause die Position zu erwerben, die sie unter den Fesseln der Dreiklassenwahl erringen könne, stellte die Versammlung als Kandidaten auf die Parteigenossen Gastwirt Natusch, Gastwirt Hilpert und Redacteur Schröder. Letzterer verwies unter anderm auf den Wahlaufruf, den die in der kommunalen Bewegung thätigen bürgerlichen Vereine herausgegeben haben. Die hierin enthaltenen Forderungen auf Besserung der kommunalen Wohlfahrtseinrichtungen seien ein Zeugnis dafür, wie das Anwachsen der Socialdemokratie auch in jenen Schichten das sociale Gewissen wachrufe; leider lasse das wenig vertrauenerweckende Verhalten des Kommunalliberalismus in Berlin, Charlottenburg und Schöneberg der Befürchtung Raum, daß von dem im liberalen Programm ausgedrückten guten Willen bis zur vollendeten That ein weiter Weg sei. Diese Zweifel an die Kernfestigkeit des liberalen Programms wurden von zweien in der Versammlung anwesenden Unterzeichnern derselben sehr übel genommen. Auf die zum Teil recht unziemlichen Entgegnungen dieser Herren folgte eine Debatte, in der die Sünden des Liberalismus und die kommunalen Mißstände, wie sie namentlich im Wohnungswesen bestehen, nach Gebühr gegeißelt wurden. Die Versammlung schloß um Mitternacht in bester Stimmung. Sache der Arbeiterschaft von Wilmersdorf ist es nun, mit ganzer Kraft für die Wahl der socialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Unter dem Verdachte des Meineides ist der frühere Schlächtermeister, jetzige Rentner Rudolf R. aus der Elisenstraße zu Steglitz verhaftet worden. Nachdem er sich von seinem früheren Geschäfte zurückgezogen hatte, beteiligte sich R. an Bauunternehmungen und Hypothekenbeschaffungen. Bei Bauausführungen soll er Lieferanten benachteiligt haben. Daher kam es zwischen ihm und einem Zimmermeister H. zu einem Rechtsstreit, in dem R. eine wissentlich falsche Aussage beschworen haben soll. Auf eine Anzeige wurde er gestern vom Untersuchungsrichter Dr. Müller vernommen und unter dem dringenden Verdacht des Meineides sofort in Haft behalten.

Durch einen ungetreuen Beamten ist unsre Nachbargemeinde Friedenau empfindlich geschädigt worden. Der bei der Gemeindeverwaltung angestellte Bureau-Assistent Kraft, welcher mit der Einziehung der Gelder für die Armenkommission und die nordöstliche Bauberufsgenossenschaft betraut war, hat schon seit längerer Zeit einen großen Teil der eingezogenen Beiträge unterschlagen und für sich verwendet. Wie durch eine dieser Tage vorgenommene Revision festgestellt worden ist, belaufen sich diese Unterschlagungen auf mindestens 5000 M. Die bereits in Kenntnis gesetzte Staatsanwaltschaft hat, da Kraft nach Entdeckung seiner Betrügereien flüchtig geworden ist, nach allen bedeutenden Häfen hintelegraphiert, um des Betrügers habhaft zu werden.

Direktor Fröhlich von der verkrachten Lichtenberger Industrie-Aktiengesellschaft, der seit mehreren Jahren flüchtig ist, ist im Auslande verhaftet und gestern dem hiesigen Untersuchungsgefängnis zugeführt worden. Fröhlich soll sich wegen Betruges und Vergehens gegen das Aktiengesetz verantworten. Demselben Institut hat auch der in der Lichtenberger Bestechungsaffaire vielgenannte „Direktor" Berger vorgestanden.

Zu dem bereits gemeldeten Verbrechen in Schöneberg können wir heute nachtragen, daß der durch den Arbeiter Drews schwer verletzte Gühmann gestern mittag seinen Verletzungen erlegen ist. Der Verbrecher, welcher schon größere Kinder hat und in den vierziger Jahren steht, ist als ein jähzorniger Mensch bekannt. Da das Opfer unmittelbar nach der That noch Lebenszeichen von sich gab, so wurde von einer sofortigen Inhaftierung abgesehen; diese erfolgte jedoch bereits im Laufe des Tages, nachdem Drews sich gestern morgen nach seiner Arbeitsstätte, der Gasanstalt, begeben hatte. Der auf so schreckliche Art ums Leben gekommene Bretterträger Gühmann, der zuletzt Koburgstraße Nr. 6 gewohnt hat, hinterläßt eine aus Frau und vier Kindern, von denen das jüngste erst drei Jahre ist, bestehende Familie. — Unsrer Mitteilung vom Dienstag ist insofern ein Irrtum unterlaufen, als wir den Namen des Thäters mit demjenigen seines Opfers verwechselt hatten.

Gerichts-Zeitung.

Durch die Kritik eines richterlichen Urteils, die am 5. Juli in der „Berliner Zeitung" veröffentlicht wurde, sollte sich deren verantwortlicher Redacteur, Herr Werth, einer Beleidigung durch die Presse schuldig gemacht haben. Er hatte sich gestern deshalb vor der achten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Strafkammer zu Liegnitz hatte anfangs April einen jugendlichen Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahre Gefängnis und wegen Körperverletzung, begangen gegen einen andren Arbeiter, der die Majestätsbeleidigung weiter getragen hatte, zu einer Woche Gefängnis verurteilt. In den Erkenntnisgründen sollte nach dem beanstandeten Artikel ausgeführt sein, daß die Jugend des Angeklagten erschwerend ins Gewicht falle. Gegen diese Begründung richtete sich der unter der Ueberschrift: „Eine neue Theorie" erschienene Artikel. Es wurde ausgeführt, daß es bisher in der Gerichtspraxis Gebrauch sei, die Jugend eines Angeklagten nicht als strafverschärfend, sondern als strafmildernd in Betracht zu ziehen. Hieran knüpften sich einige sattrische Bemerkungen gegen den Vorsitzenden der betreffenden Strafkammer. U. a. wurde behauptet, daß der Kopf, auf den das Urteil gestellt wurde, der Kopf des Vorsitzenden gewesen sei. Der Angeklagte Werth erklärte, daß ihm jede beleidigende Absicht gefehlt habe und er auch nicht einzusehen vermöge, daß er durch die Kritik die erlaubte Grenze überschritten habe.

Das Urteil der Liegnitzer Strafkammer wurde verlesen. Es kam darin allerdings der Satz vor, daß es bedauerlich sei, daß der Angeklagte trotz seiner Jugend von solchen Gesinnungen beherrscht sei, wie er an den Tag gelegt habe. Staatsanwalt Figge wies darauf hin, daß es gewiß erlaubt sei, ein richterliches Urteil zu kritisieren, und dies geschehe täglich auch in umfangreichem Maße. Aber die persönlichen, höhnischen Spitzen müßten unterbleiben, eine solche Befugnis lasse das Strafrecht nicht zu. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 300 M. Der Gerichtshof kam zu einem verurteilenden Erkenntnis. In der an und für sich berechtigten Kritik seien die Grenzen des Zulässigen überschritten und der Vorsitzende sei lächerlich gemacht worden, obgleich der Angeklagte wissen mußte, daß nicht dieser allein, sondern der ganze Gerichtshof das Urteil fälle. Es solle dem Angeklagten aber zu gute gehalten werden, daß er geglaubt habe, es handle sich um ein Opfer verkehrter Rechtsprechung. Aus diesem Grunde sei es bei der beantragten Strafe belassen worden.

Wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften wurde der Verlagsbuchhändler Karl Messer vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Inkriminiert war der Inhalt einzelner Nummern der im Verlage des Angeklagten erscheinenden modernen illustrierten Zeitschrift „Die Grazien, lose Blätter für fröhliche Kunst". Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß die zur Verlesung gebrachten Artikel und einige Bilder in der Pikanterie die Grenze des Erlaubten überschritten. Rechtsanwalt Hugo Marcuse bestritt dies und beantragte, das Gutachten des Prof. Eberlein und des Dichters Ernst v. Wildenbruch einzuholen, welche bestätigen müßten, daß der Inhalt der Hefte sowohl in textlicher, als in bildlicher Hinsicht durchaus künstlerischen Wert habe. Er beantragte ferner festzustellen, daß die Leser dieser Hefte vorwiegend gebildete Leute, insbesondere Offiziere, Beamte u. dergl. seien. Die Anträge wurden abgelehnt. Der Staatsanwalt hielt es für ein trauriges Zeichen der Zeit, daß Blätter und Blättchen, die lediglich auf den Sinnenkitzel berechnet seien, jetzt wie Pilze aus der Erde wachsen und reißend Absatz fänden. Das Feilbieten solcher Lektüre auf öffentlichen Straßen und Plätzen sei eine große Gefahr für die heranwachsende Jugend. Der Staatsanwalt beantragte 1500 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte auf 750 M. Geldstrafe event. 75 Tage Gefängnis, Einziehung der beschlagnahmten Exemplare und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen.

Eine Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes, die gestern vor dem Schöffengericht verhandelt wurde, richtete sich gegen den Kaufmann Joseph Gaster, der in der Oranienstraße ein „Kaufhaus aller Branchen" betrieb. Er soll gegen den § 4 des Gesetzes betr. den unlauteren Wettbewerb dadurch verstoßen haben, daß er auf einem großen Plakat an seinem Schaufenster in großen Buchstaben folgende Ankündigung machte: „Ausverkauf der Schlickerschen Konkursmasse". Mit kleinen Buchstaben war diesen in die Augen springenden Worten noch hinzugefügt: „und andrer Waren". In Wirklichkeit soll es sich aber nur um einige Restbestände jener Konkursmasse und überwiegend um das eigne Warenlager des Angeklagten gehandelt haben. Der Inhaber eines in der Nachbarschaft belegenen Weiß- und Seidenwarengeschäfts erstattete die Strafanzeige und trat gleichzeitig als Nebenkläger auf, indem er behauptete, daß sein Geschäft infolge der Anlockung des Publikums durch das unzutreffende Plakat Einbußen erlitten habe. Er verlangte eine Buße von 500 M. — Staatsanwalt Brant hielt die Thatbestandsmerkmale des § 4 des Gesetzes für vorliegend. Der Angeklagte habe das Publikum irre geführt, denn er habe, um den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, über die Bezugsquelle von Waren und über den Anlaß des Verkaufs unwahre Angaben gemacht. Der reelle kaufmännische Betrieb müsse gegen solche Machenschaften energisch geschützt werden und deshalb beantrage er gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 1000 M. event. 100 Tagen Gefängnis. — Justizrat Goldstein bestritt, daß der Angeklagte das Gesetz verletzt habe. Er habe auch das Publikum nicht irregeführt, denn wenn auf dem Plakat von „Restbeständen der Konkursmasse" gesprochen worden wäre, würde das Publikum erst recht an die Berechnung besonders niedriger Preise geglaubt haben. — Der Gerichtshof hielt eine Irreführung des Publikums für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu 300 M. Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängnis. Außerdem soll das Urteil auf Kosten des Angeklagten publiziert werden. Der Antrag auf Buße wurde abgelehnt.

Der Redacteur der „Groß-Lichterfelder Zeitung", Dr. Adolf Klein, wurde von der Strafkammer des Landgerichts II. wegen der Veröffentlichung von 4 Gedichten und 2 Artikeln im Sprechsaal, wodurch der Amts- und Gemeindevorsteher Schulz sich beleidigt glaubte und von denen Staatsanwalt und Gerichtshof überzeugt waren, daß nicht der Angeklagte sie verfaßt hatte, zu 50 M. Geldstrafe und den Kosten verurteilt. Der Verurteilte war bei dem Verfahren eigentlich Nebenperson; man hoffte, einen vollkommen unschuldigen Mann, der sich beim Gemeindevorsteher mißliebig gemacht hatte, als Missethäter zu ermitteln. Der Staatsanwalt hatte 100 Tage Gefängnis und 400 M. Geldstrafe beantragt, obwohl er dem angeklagten 73jährigen Greise sein unbescholtenes Vorleben nachrühmte.

Die hohe Strafe hat der Angeklagte, der stets der Menschlichkeit, der Wahrheit und dem Rechte zu dienen beflissen war, dadurch verwirkt, daß er nicht nur die Preisgabe seiner Mitarbeiter verweigerte, sondern auch dazu beizutragen vermochte, daß die „schuldig vermutete Person" außer Verfolgung gesetzt werden mußte.

Versammlungen.

Eine stark besuchte Milchhändler-Versammlung erörterte am Dienstag den augenblicklichen Stand des Milchkriegs. Der Vorsitzende des Vereins Berliner Milchpächter teilte mit, daß es gelungen sei, die Milchzufuhr aus Westpreußen zu einer dauernden zu gestalten. Der Verein habe den dortigen Lieferanten Sicherheit geboten und sich zur Abnahme eines bestimmten Quantums bis zum 1. April 1902 verpflichtet. Er könnte dies ohne jedes Risiko thun, da dem größten Teile der westpreußischen Milch kontraktlich Abnehmer gesichert seien und die Meierei Bolle die frei werdende Milch stets aufnehme. Wohl sei es der Centrale gelungen, eine Menge Läden zu eröffnen und einige Berliner Milchhändler zum Verrat an ihren Kollegen zu bewegen, nichtsdestoweniger müsse sie noch immer einen sehr erheblichen Teil ihrer Milch mit großem Verluste verarbeiten, da sie ihn in Berlin nicht unterbringen könne. Der Milchring habe sich durch die Läden nur ungeheure Kosten aufgebürdet, denen die erzielten Vorteile nicht entsprechen. Um die Schwierigkeiten bei der Frachtberechnung der von auswärts anlangenden ringfreien Milch und die offenkundige Bevorzugung der Ringmilch bei der Versendung durch die Eisenbahn zu beseitigen, habe es erst einer energischen Beschwerde beim Eisenbahnminister bedurft, da die unteren Instanzen aus ihrer Sympathie für die Agrarier kein Hehl machten. Es seien Anzeichen vorhanden, daß die Centrale über kurz oder lang werde nachgeben müssen. Verbandsvorsitzender Lulay-Schöneberg erklärte die Situation für durchaus günstig und stellte für Neujahr eine gewaltige Milchschwemme in Aussicht. Schon jetzt könne der Plan, ein agrarisches Milchmonopol für Berlin zu schaffen, als gescheitert gelten. Man habe übrigens bereits von jener Seite Einigungsversuche gemacht, die Milchhändler seien einer gütlichen Beilegung des Milchkrieges nicht abgeneigt. Vorbedingung der Unterhandlungen sei jedoch die Beseitigung der jetzigen Leiter des Milchringes, welche sich erdreisteten, den gesamten Berliner Milchhändlerstand in unerhörter Weise zu beschimpfen. (Lebhafter Beifall.) Nach einer recht stürmischen Debatte, in welcher ein Milchpächter des Grafen v. d. Schulenburg vergeblich für den Milchring Stimmung zu machen suchte, beschloß die Versammlung, die Maßnahmen des Vorstandes zur Regelung der westpreußischen Milchzufuhr gutzuheißen und den Kampf gegen die Milchcentrale mit dem Aufgebot aller Kräfte fortzusetzen.

In einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung, die am Montag bei Cohn, Benthstraße, tagte, hielt Genosse Link einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Darauf berichtete der Altgeselle August über den an die Innung gestellten Antrag auf Einsetzung einer paritätischen Kommission, die durch Umfragen in den einzelnen Werkstuben für die allgemeine Durchführung des im Frühjahr vereinbarten Lohntarifs wirken sollte. Der Innungsvorstand hat diesen Antrag abgelehnt und erklärt, daß er in dieser Hinsicht keinerlei Zwang auf die Meister ausüben könne. Die Innung, führt der Redner des weiteren aus, hat sich verpflichtet, für die Einführung des Tarifes einzutreten und außerdem sind die Mitglieder den Innungsstatuten gemäß verpflichtet, den Beschlüssen der Innungsversammlung sich zu fügen und somit auch den vereinbarten Lohntarif innezuhalten. Da die Herren aber diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, müsse im nächsten Frühjahr wieder in eine Lohnbewegung eingetreten werden und vor allem danach gestrebt werden, daß die Organisation dann auch stark genug sei, um den Tarif durchzudrücken. — Nach einer lebhaften Diskussion, in der besonders auch auf die Notwendigkeit einer Verbesserung des Tarifs hingewiesen wurde, gelangt ein Antrag Hermanns zur Annahme, wodurch die aus den Vertretern der verschiedenen Branchen bestehende Kommission beauftragt wird, eine Revision des Tarifs vorzunehmen und das Resultat einer am dritten Weihnachtsfeiertage stattfindenden Versammlung vorzulegen. — Dann beschäftigte sich die Versammlung noch mit den gesetzwidrigen Zuständen in der Innungs-Krankenkasse. Die Kommission, die zur Untersuchung dieser Verhältnisse gewählt wurde, hat sich beschwerdeführend an den Handelsminister gewandt und daraufhin ist dann auch dem Kassenvorstand von der Behörde am 21. Oktober ein Zwangsstatut zugegangen, das aber bis jetzt noch nicht eingeführt wurde. Die Verhandlungen über diesen Punkt werden der vorgeschrittenen Zeit wegen auf die nächste Versammlung verschoben.

Die Stockarbeiter hielten am Montag, den 4. d. M., eine gut besuchte Branchenversammlung ab. Der Obmann Zorn referierte über die gegenwärtige Lage der Branche. Aus dem Referat war zu entnehmen, daß die Stockarbeiter unter der jetzigen Krise schwer zu leiden haben. In letzter Zeit waren zwei Maßregelungen zu verzeichnen und zwar je ein Fall in den Werkstätten Lawy und Krafft. Herr Fabrikant Lawy war anwesend und behauptete, er hätte den Kollegen nicht gemaßregelt. Trotz seiner Darstellung hielten die Anwesenden daran fest, daß es sich um eine Maßregelung handle. In der Fabrik von Krafft wurde die Maßregelung des Vertrauensmanns auf Zuträgereien zurückgeführt.

Zu den bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen in Lichtenberg nahm am 12. eine außerordentlich stark besuchte Versammlung Stellung. Reichstags-Abgeordneter F. Tutzauer sprach zunächst über „Gewerbegerichte" und Gemeindeverordneter Grauer über das Ortsstatut. Nach einer längeren Diskussion und Fragestellung wurden in das Wahlkomitee folgende 7 Genossen gewählt: Liesegang, H. Schulz, Fr. Szmuda, Kosse, O. Böttcher, Baltischich und Brüschke. Zu Revisoren wählte man die Genossen: Lenz, Brauer, Hoffmann. Die 14 zu wählenden Beisitzer wurden auf folgende Industriegruppen zugeteilt: Baugruppe 4, Holzindustrie 3, Bekleidung 2, Metallindustrie 2, Nahrungsmittel, Handel und Verkehr und graphische Industrie je 1 Beisitzer. Die Industriegruppen haben dem Wahlkomitee die Beisitzer zu bezeichnen und zu diesem Zwecke Industriegruppen-Versammlungen einzuberufen. Die Gruppe der Holzindustrie und die der Metallindustrie halten solche am 18. d. M., die der Bauindustrie am 19. d. M. ab.

„Es werde Licht!" Verein zur Unterhaltung und Belehrung. Heute (Donnerstag) 8½ Uhr abends, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45: Versammlung. Vortrag des Herrn A. Domnick über „Heinrich Heines lyrische Dichtung".

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Heute 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus: Versammlung. Tagesordnung: Recitation des Genossen R. Bette: Bartel Turaser von Ph. Langmann. 2. Vereinsangelegenheiten. — Gäste willkommen.

Vegetarier-Vereinigung. Centrale Berlin. Donnerstag, den 14. November, im Lokal Neue Schönhauserstr. 10 I. Vortrag des Herrn Gühler über: Die Honigbiene, ihre Naturgeschichte und Behandlung. Mit Vorführung von Proben. Abends 8 Uhr.

Vermischtes.

Ein schreckliches Schiffsunglück melden die Londoner Morgenblätter vom 13. November: Der nach Calais gehende Postdampfer „Nord" hat bei der Ausfahrt aus Dover ein Feuerschiff übersegelt und zum Sinken gebracht. Die 16 Mann zählende Besatzung des Feuerschiffes ist ertrunken. Der Postdampfer ist aufgelaufen.

Von einer Frühgeburt wurde am 10. November die Königin der Niederlande entbunden. Das Befinden Wilhelminas giebt zu keinerlei Besorgnis Anlaß.

Eines der schönsten Gebäude der Stadt Odessa, die Passage Mandelewitsch, steht, wie vom 12. November gemeldet wird, in Flammen. Zehn Läden mit ihren Waren sind gänzlich vernichtet. In einer im dritten Stock befindlichen Mädchenschule sind zwei Schülerinnen umgekommen. Der Schaden wird bisher auf ungefähr eine Million Rubel geschätzt.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 13. November 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 561 Rinder, 1713 Kälber, 9470 Schafe, 9194 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pfennigen): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 47—52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 45—48; e) gering genährte Kühe und Färsen 38—43. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 74—76, b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 67—70, c) geringe Saugkälber 46—58, d) ältere, gering genährte (Fresser) 40—45. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 63—66, b) ältere Masthammel 54—61, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 38—46, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 220—280 Pfund schwer, 62; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Käser) 63—64; c) fleischige 59—61; d) gering entwickelte 55—58; e) Sauen 56—58. Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 225 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich schleppend und gedrückt. Bei den Schafen fanden etwa 250 Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird voraussichtlich geräumt. Es wurden auch Verkäufe ca. 1 M. über Notiz abgeschlossen.

Notiz: Am Mittwoch, den 20. d. Mts., fällt des Bußtages wegen der Markt aus, dafür wird am Dienstag, den 19. d. Mts., Markt abgehalten werden.

Briefkasten der Redaktion.

G. W. Die Geschäftsstelle des Berliner Spar- und Bauvereins ist Sickingenstr. 7. Wenden Sie sich dorthin.

Sinfonie. Die Adressen müssen zu Beginn des Monats regelmäßig eingesandt werden.

Oestreicher. Ein Recht auf Aufnahme in den preußischen Staatsverband hat nur ein Deutscher, nicht ein Ausländer. Das Gesuch des Ausländers ist in Berlin an den Polizeipräsidenten, in der Provinz an den Regierungspräsidenten zu richten. Die Kosten einer Naturalisationsurkunde eines Ausländers betragen 50 M., die eines Deutschen ist kostenlos — — **P. K.** Ein Zeuge wird in der Regel nicht danach gefragt, ob er wegen Unfug oder überhaupt bestraft sei. Wird er befragt, muß er die Wahrheit sagen. Liegt Ihnen daran, sicher nicht befragt zu werden, so richten Sie unter Darlegung des Sachverhalts eine dahin gehende Bitte an das Gericht (schriftlich, vor dem Termin). — **Müncheberg, Reinsdorferstr.** Ein Recht auf Altersrente hat Ihre Schiegermutter nicht, weil sie noch nicht 70 Jahre alt ist. Ist sie — das scheint der Fall zu sein — erwerbsunfähig, so hat sie einen Anspruch auf Invalidenrente. Den Antrag auf Rente soll sie Brettestr. 24 stellen. — **A. E. H.** Nein.

Dr. J. J. und andre Abonnenten der „Neuen Zeit". Die Schuld, daß Sie die „Neue Zeit" 2c. einen Tag später als sonst erhielten, liegt nicht an der Buchhandlung Vorwärts. Durch ein Versehen bei der Versendung erlitt die Aushändigung der Bücher-Sendung von Stuttgart einen vollen Tag Verspätung. Buchhandlung Vorwärts.

Witterungsübersicht vom 13. November 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	746	SSW	3	Regen	4	Haparanda	760	R	2	bedeckt	−14
Hamburg	743	SSW	4	Regen	7	Petersburg	753	NW	2	wolkig	−4
Berlin	747	SW	2	Regen	6	Cork	749	R	6	wolkig	5
Frankf./M.	749	SW	4	bedeckt	7	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	755	SW	3	bed.	3	Paris	747	SSW	4	bedeckt	9
Wien	756	Still	—	Nebel	−0						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 14. November 1901.
Vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen westlichen Winden und langsam sinkender Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 14. November.

Opernhaus. Fra Diavolo. Phantasien im Bremer Ratskeller. Anfang 7½ Uhr.

Schauspielhaus. Der Widerspenstigen Zähmung. Der eingebildete Kranke. Anfang 7½ Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Luther. Anfang 7½ Uhr.

Schiller. Hans Huckebein. Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Maria Magdalene. Anfang 7½ Uhr.

Berliner. Die rote Robe. Anfang 7½ Uhr.

Lessing. Madame Sans gêne. Anfang 7½ Uhr.

Residenz. Sein Doppelgänger. Im Coupé. Anfang 7½ Uhr.

Neues. Das Ewig-Weibliche. Anfang 7½ Uhr.

Westen. Figaros Hochzeit. Anfang 7½ Uhr.

Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.

Central. Der Seekadett. Anfang 7½ Uhr.

Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7½ Uhr.

Luisen. Der Verschwender. Anfang 8 Uhr.

Carl Weiß. Der Märchenbrunnen. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbach-Cyklus. Perichole, die Straßensängerin. Anf. 7½ Uhr.

Belle-Alliance. Fritz Reuter. Onkel Bräsigs letztes Stündlein. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater. Berlin W — Berlin N. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Specialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Specialitäten-Vorstellung. König Aqua. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.

Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstagabend 8 Uhr:
Hans Huckebein.
Schwank in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Freitagabend 8 Uhr:
Lysanders Mädchen.
Hierauf:
Die Komödie der Irrungen.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Hans Huckebein.

Central-Theater.

Heute 7½ Uhr in prächt. Ausstattung:
Der Seekadett.
Operette in 3 Akten von R. Genée.
Im zweiten Akt: **Lebendes Schachspiel**, ausgeführt von 32 Kindern.
Morgen und folgende Tage: **Der Seekadett.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr halbe Preise: **Die Geisha** (Mimosa: Mia Werder), abends: **Der Seekadett.**

Thalia-Theater.

Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Paula Worm in 8 Verwandlungen.
Guido Thielscher in 11 Verwandlungen.
Fritz Helmerding als Wolzogen.
Junkermann, Bojé. Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, 17. November, nachmittags 3 Uhr: Kleine Preise: **Diane, die zweite Frau.**

Metropol-Theater.

Zum 83. Mal:
Schön war's doch.
Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
E. Thomas a. G. J. Josephi.
H. Bender. G. Kaiser.
E. de Veré. Frid-Frid.
!! Bender als Saharet !!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Donnerstag, 14. November 1901:
Ganz Berlin staunt
über das durchweg neue
Sternen-Programm.
Um 9 Uhr. Novität. Um 9 Uhr.
Die allabendlich mit jubelndem Beifall aufgenommene große Ausstattungsburleske
Grossstadtzauber
Hugo Lustig — Dir. Rich. Winkler.
Anfang Punkt 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf von 11—1 Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Horwarths wunderbare
6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Der Märchenbrunnen.
Berliner Ausstattungsposse mit Gesang in 4 Akten von Kurt Junge. Musik von Alb. Bücher.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Volks-Vorstellung: kleine Preise: Das Schloß am Meer. Sonnabend: Der Märchenbrunnen. Nachmittags: Der Rattenfänger von Hameln. Sonntag: Berliner Rangen.

Apollo-Theater.

Mit kolossalem Erfolg! Abends 9 Uhr:
König Aqua
mit dem Luftballett
„Grigolatis".
Ferner:
8 auserlesene Specialitäten.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Wochentags 5 Uhr, Sonntags 2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Lotte Sebus
der neue Stern der Variétébühne.
Auftreten 10 Uhr.
„Mascagni"
Italienisches Opern-Trio.
Auftreten 9 Uhr 30 Min.
Die 24 Togomädchen
mit ihren Kriegstänzen und Gesängen um 10 Uhr 30 Min.
16 erstkl. Nummern!

Theater Schall und Rauch,

Unter den Linden 44.
Donnerstag, 14. November 1901, abends 8½ Uhr:
Don Carlos. — Kasperle-Theater. Die Weber.
Freitag, 15. Novbr.: **Première.**

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37.
¾10 Uhr Berlin N. — Berlin W. ¾10 Uhr.
Gr. Erfolg Alias; reiz. Sylvia ꝛc.
Anf. Woch. 8 Uhr. Sonnt. 7½ Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Der Waldteufel.
Posse mit Gesang in 4 Akten von W. Mannstädt. Musik von G. Steffens.
Heute Tanzkränzchen.
Freitag:
Philippine Welser.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
„Bosco".
Meysel. Britton.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungslokal!
Täglich: Internationale Konzerte.
Specialität.-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Cirkus Busch

Donnerstag, 13. Novbr., abds ½ Uhr:
Große Vorstellung.
Dresse Elefanten und Brandenburg.

Socialdem. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).

Sonnabend, den 16. November, abends präcise 8 Uhr,
in Kliems Volksgarten, Hasenheide 13 (großer Konzert-Saal):

Grosses Herbst-Fest.

Künstler-Konzert,

ausgeführt von Mitgliedern des **Berl. Sinfonie-Orchesters**, unter Leitung des Kapellmeisters M. Fischer, und unter Mitwirkung des 266/13
Männergesangvereins Norddeutsche Schleife.
Nach dem Konzert: **Tanz-Kränzchen.**
Billets a 40 Pf. sind in den Zahlstellen des Wahlvereins zu haben.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Freie Volksbühne.

Sonnabend, den 16. November, abends 8 Uhr,
im grossen Konzertsaal
der **Aktien-Brauerei Friedrichshain**, am Königsthor:

Mozart-Abend.

Mitwirkende:

Instrumental-Musik:
Berliner Tonkünstler-Orchester (45 Tonkünstler).
Dirigent: **Franz von Blon**;
Konzertmeister: **Alex. Wittenberg.**
Bratsche: Herr **Paul Klöppel.**

Vokal-Konzert:
Frau **Martha Wolf-Dreyer,**
Fräulein **Alma Farmer,**
Fräulein **Mia Weber,**
Herr **Fritz Schröder.**

Durch Generalversammlungs-Beschluss ist es den Festtheilnehmern untersagt, Tische und Stühle zu reserviren. Rauchen im Konzertsaal ist nicht gestattet.
Festmarken a 50 Pf. in den Zahlstellen.
231/10 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Sonntag, den 17. November, 2½ Uhr, im Carl Weiss-Theater 8./9. Abteilung: Das Friedensfest.

Cirkus A. Schumann.

Donnerstag, den 14. November 1901, abends präc. 7½ Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
U. a.: Joe Hodgini. — Mad. Kathilde Renz. — Herr Ernst Renz. — Frl. Dora Schumann. — Carry u. Maria. — Troupe Eugen. — Mlle. Mabel O'Brien. — Mlle. Antionette. — Clown Adolf, der Unverwüstliche ꝛc. — Direktor Alb. Schumanns neueste Originaldressuren.

Mr. **Thompsons**
einzig u. unerreicht dastehend. dressierten
Elefanten.
Neu! Sensationell! Neu!
Mr. **Chester Johnstone**
der phänomenale Amerikaner.
Zum Schluß zum 34. Mal, allabendlich stürmischer Beifall, die größte und glänzendste Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart, in 8 Akten und feenhafte Beleuchtungs- u. Wasser-Effekte:
Quer durch Paris
Schlußakt: Nordseebad Scheveningen.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a.

Wiederauftreten von
Adolf Hoffmann.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree: **Tanz.** Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5—7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

„Immergrün", Schöneberg.

Unser
diesjähriges Stiftungsfest
— in den Vorjahren so belebt gewesen — findet am **16. d. Mts.**, im **Klubhaus**, Hauptstr. 5/6, statt.
Einige Billets sind noch bei Hoppe, Merseburgerstr. 7, zu haben.
292/11 **Das Komitee.**

Gelegenheitskäufe!

Paletots, Kaisermäntel, Joppen, Hosen, Herren- und Knaben-Anzüge, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Teschings, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern usw. 27038*
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige Specialitäten. Direktion: J. M. Hatt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

D. Wurzel & Co.
23948*] jetzt: Köpnickerstrasse 160, Ecke Mantenffelstrasse.

Das beste Genussmittel für den Magen

und unentbehrlich für jede Haushaltung ist

Nur echt mit vollem Namenszug Dr. med. Woerlein's, prakt. Arzt.
Dr. med. Woerlein's Magentrank
a Mk. 1,—, 1,50, 3,— — per Flasche. —

Ferner nach dessen Vorschrift:

Diätische Thees.

Fabrikant: Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.
Erhältlich in Berlin:

C.
Dr. Albert Bernards Einhorn-Apotheke, Kurstr. 34/35.
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Königstr. 59.

W.
Max Schwarzlose, Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 7a.
C. A. Winkler Nachf., Droguerie, Kurfürstenstr. 139.
Max Eckert, Adler-Droguerie, Kulmstraße 1, Ecke Alvensslebenstraße.
Bruno Stürkow, Nollendorfplatz 8.
W. Köppen, Alvensslebenstr. 26a.
Dr. H. Rosemann & Co. Nachf., Pallasstraße 24.
H. O. Korth, Lützow- und Genthinerstraßen-Ecke.
Hans Schoene, Magdeburgerstr. 25.
Eugen Gowin, Linkstr. 15.
Paul Oelgart, Dennewitzstr. 14.
M. F. Berger, Neue Steinmetzstr. 3.

SW.
Franz Schwarzlose, Leipzigerstr. 56.
Apoth. E. R. Heiniger, Drog., Kochstr. 3.
Gustav Rettig, Belleallianceстr. 91.
Ernst Wilh. Weirich, Blücherstr. 1.
C. F. Ancker, Friedrichstr. 249.
Johannes Scops, Friedrichstr. 240/241.
Kurt Bahr, Blücherstr. 15.

NW.
G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Luisenstr. 39.
Herm. Bardorff, Goltzowstr. 30.
H. Bischoff, Beusselstr. 31.
Herrlich Nohlitz, Bredowstr. 42.
F. u. R. Raden, Wilhelmshavenerstr. 52.
Felix Glintzer, Stromstr. 40.
Hans Nossack, Stephanstr. 56.

N.
G. A. Hesterberg, Droguerie u. Parfümerie, Eisenbahnstr. 97.
Hugo Barth, Brunnenstr. 18.
Franz Bornecker, Brunnenstr. 102.

NO.
Rich. Loose, Nachf. C. Ulrich, Neue Königstr. 19.
Franz Buhl, Neue Königstr. 65.

S.
Max Lichterfeld, Löwen-Droguerie, Prinzenstr. 66.
Apotheker H. Chronicks Droguerie, Gneisenaustr. 54.
Paul Oelgart, Hasenheide 61.
Ernst Schröter, Blücherstr. 27.
Hugo Wolter, Kottbuser Damm 42, am Hermannplatz.

SO.
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.
Eugen Kreich, Köpnickerstr. 134/135.

O.
Julius Beatz, Petersburgerstr. 72.
Jos. Gilpen, Petersburgerstr. 37.
Gustav Rehm, Frankfurter Allee 120.
Max Angermann, Königsbergerstr. 13.
Gustav Bersug, Weidenweg 75.
Franz Zimmer, Thaerstr. 62a.
Albert Burde, Koppenstr. 9.
E. Tschaler, Küstrinerplatz 1.
Hermann Müller, Langestr. 16.
F. Jacob, Andreas-Droguerie, Kleine Andreasstr. 11 (Andreasplatz).

Schöneberg.
Borussia-Apotheke und Droguerie H. Doehl, Hauptstr. 141.

Friedenau.
Georg Oelgart, Rhein- u. Hedwigstr.-Ecke.

Steglitz.
Heinrich Hasselmann, Droguerie zur Post, Albrechtstr. 16.

Gr. Lichterfelde.
Max Winde, Düreerstr. 7a.
Apotheker M. Gartz, Droguerie West-Bazar, Karlstr. 1/2.
Paul Remus, Steglitzerstr. 47.
Otto Borstell, Bismarckstr. 31.

Rixdorf.
Paul Lemcke, Kaiser Friedrichstr. 242.
Robert Trinkkeller Nachf. Max Künzel, Berlinerstr. 26.
G. R. Prenzel, Prinz Handjerystr. 46 und Hermannstraße 227.
A. Jungblut, Bergstr. 157 u. Wallerstraße 26.
Johannes Golck, Steinmetzstr. 37.

Einem von mehreren Freunden seit Jahren vorbereiteten, finanziell gesicherten **kooperativen Gemeinwesen**, in einem der schönsten überseeischen Länder (nahe einer Großstadt) können noch 1 bis 2 **Kapitalisten** von erprobter **sozialistischer Gesinnung**, gediegener Bildung und vornehmem Charakter beitreten. — Es soll dadurch ermöglicht werden, das Unternehmen in größerem Umfang einzuleiten.
Offerten sub. C. 5 an die Exped. erbeten. 18539

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Max Guckel, Lausitzer Platz No. 2, **Zahn-Atelier.** Bestrenom. und weltbekannt. Künstl. Zähne, tadellose Ausführ. v. 3 M. an, Plomb. v. 2 M. an. Keine Extraberechn. Schmerzl. Zahnziehen. Ratenz. gestattet, Woche 1 M.

36 Mark
elegante **Winter-Paletots.**
30 Mark
hochfeine **Herren-Anzüge.**
12 Mark 27001.*
schwere **Winter-Beinkleider.**
Anfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, tadelloser Sitz.
14 Krausenstr. 14,
1 Tr. hein Laden 1 Tr.

Herren-Anzüge, Paletots
eleg. Ausführung bei nur gering. Teilz.
J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13. parterre. 2556*

Centralverband der Maurer.

Zahlstellen Berlin und Umgegend.

Freitag, 15. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung

aller zum Lohngebiete Berlin u. Umg. gehörigen Verbands-Zahlstellen.

T.-O.: Stellungnahme zu den diesjährigen Verhandlungen über die Verlängerung des Arbeitsvertrages.

Mitgliedsbuch legitimiert — ohne dasselbe kein Eintritt. 144/5*

Um regen Besuch ersucht **Die Verbandsleitung.**

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Sonntag, den 24. November, vormittags 10½ Uhr:

Ordentliche Generalversammlung

im **„Gewerkschaftshause"** (Saal IV), Engelufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer) für die Jahre 1902—1904. 2. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für das Jahr 1902. 3. Beschlußfassung über das Aerztevertragsverhältnis der Kasse. 4. Verschiedenes.

Berlin, 5. November 1901. 18585

Der Vorstand.

Johannes Bienz, Vorsitzender. Gustav Lohmann, Schriftführer.

Konsum-Verein „Weissensee"

E. G. m. b. H.

Donnerstag, 21. d. M., abds. 8½ Uhr, im „Prälaten", Lehderstr. 122

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1860b

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrats. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 4. Ergänzungswahlen des Aufsichtsrats sowie Neuwahl des Vorstandes. 5. Anträge.

Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.

Der Aufsichtsrat. Karl Haufschild. **Der Vorstand.** Robert Pasewaldt. Heinrich Bachmann.

Frauen-Vortrag

Freitag, 15. Novbr., 8½ Uhr, Kommandantenstraße 20, „Arminhallen".

Prakt. Frauenheilk. Grundmann erläutert an Lichtbildern:

Ursachen und Verhütung der Krebskrankheit.

Gäste Eintr. 20 Pf., 1 Broschüre gratis. **Berliner Naturheilverein.**

Kur- u. Frauenheilbad Köpnickerstr. 72. Naturärztl. Sprechst. 11—2, 6—8

Möbelstoffe!

auch Reste alle Qualit. selten billig! Gelegenheitskauf:

Mocquett-Plüsche 5,35 M.

per Meter (130 Centimeter breit). **Muster bei näher. Angabe franco.**

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Musikwerke, selbstspielend,

sowie z. Drehen bei nur gering. Teilz. 26562* **J. Kurzberg.** Landsbergerstr. 13, part.

Honig!

Unverfälsch. deutschen Bienenhonig, beste Qualit. vers. 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. fr. Nachn. Garant. Rücktn. 27299*

E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn Ostfr.

Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie.

Teilzahlung Woche 1 Mark.

Bruno Steffens, Neanderst. 21

Bekanntmachung

der gemeinsamen Orts-Krankenkasse für Mariendorf u. Umgegend.

Am 24. November cr., vormittags 9½ Uhr, im Restaurant Blocksdorf zu Mariendorf, Chausseestr. 58:

Ordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl dreier Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung.
2. Wahl dreier Vorstandsmitglieder und zwar eines Arbeitgeber- und zweier Arbeitnehmer-Vertreter.
3. Neuregelung des ortsüblichen Tagelohnes für Lichtenrade, Buckow und Groß-Ziethen mit Klein-Ziethen.
4. Stellungnahme zu einem etwaigen Ausscheiden der Ortschaften Buckow mit Groß-Ziethen und Klein-Ziethen aus der Kasse.
5. Regelung der Amtsdauer des Vorstandes und der Delegierten zu der genehmigten Statutenänderung.
6. Die uns gekündigte „Freie Arztwahl".
7. Wahl bezw. Ernennung von Krankenbesuchern. 275/16

Mariendorf, d. 12. November 1901.

M. Beer, 1. Vorsitzender.

Geld! Wer Darlehen oder Hypothek sucht, verlange Prospekt von **H. Bittner u. Co.,** Hannover B.

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Zu der am **Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr, Naunynstr. 27** stattfindenden

Ordentlichen

General-Versammlung

werden die Herren **Vertreter der Kassenmitglieder** und **Arbeitgeber** hiermit ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres. 138/7
2. Aerztevertrag für 1902.
3. Bericht über die Apothekerfrage.
4. Zusatz zu den Verhaltungsmaßregeln im Statut.
5. Verschiedenes.

Nach Schluß der Versammlung findet daselbst eine

Generalversammlung

für die Mitglieder der

Invalidenkasse der Gürtler

statt.

Tagesordnung:

1. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres.
2. Bericht über die Statutenänderung und Verschiedenes.

Der Vorstand.

G. Kneiff, Vorsitzender.

Freitagabend 8½ Uhr, in Berlin N., Swinemünderstr. 42 (Sälner):

Grosser Frauen-Vortrag.

Freie Aussprache und Fragebeantwortung! Referentin: Frau **A. Pickel,** Naturärztin.

Gäste (Damen) willkommen. Eintritt 20 Pf. 292/13

Der Vorstand

des „Naturheilvereins Charlottenburg-Berlin (Nr. 1180)".

J. A.: F. Lange, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstr. 101.

Allgem. Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Zur Vornahme der Neuwahlen dreier Vorstandsmitglieder für die Wahlperiode vom 1. Januar 1902 bis zum 31. Dezember 1903 werden die

Arbeitgeber-Delegierten

auf **Freitag,** den **22. November d. J.,** abends **8½ Uhr,** nach dem Kassenlokal, Wilmersdorferstr. 32 I, die

Arbeitnehmer-Delegierten

auf **Sonntag,** den **24. November d. J.,** vormittags **9 Uhr, nach dem Saale der Gambrinusbrauerei hier, Wallstr. 94,** zu einer 275/15

Wahlversammlung

berufen.

Die Arbeitgeber-Delegierten haben **einen,** die Arbeitnehmer-Delegierten **zwei** Vorstandsmitglieder zu wählen. Der Wahlakt für die Arbeitgeber-Delegierten wird um 9 Uhr abends, derjenige für die Arbeitnehmer-Delegierten um 10 Uhr vormittags geschlossen.

Im Anschluß an die auf Sonntag, den 24. November d. J., nach dem Saale der Gambrinusbrauerei, Wallstraße Nr. 94, einberufene Wahlversammlung findet in Gemeinschaft mit den Arbeitgeber-Delegierten von 10 Uhr vormittags ab eine

ordentliche Generalversammlung

statt mit der Tagesordnung:

1. Wahl einer Revisionskommission zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1901. 2. Mitteilung von der finanziellen Lage der Kasse.
3. Besprechung der Apothekerfrage und Beschlußfassung der Genehmigung eines mit dem Apotheker Bitter zu Potsdam wegen Lieferung von Arzneien 2c. abgeschlossenen Vertrages.
4. Besprechung über den Stand des Antrages auf Statutenänderung (vergl. Beschluß der Generalversammlung vom 14. 4. 01.)

Die Delegierten erhalten überdies eine besondere schriftliche Einladung, **die als Legitimation zur Wahl und zur Generalversammlung dient.**

Delegierte, welche die Wählbarkeit verloren haben, sind von der Teilnahme an den vorbezeichneten Versammlungen ausgeschlossen.

Charlottenburg, 11. Novbr. 1901.

Der Kassenvorstand.

Wilhelm Sabor.

Socialdemokrat. Wahlverein Bezirk Pankow.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 11. d. M. unser Mitglied

Emil Richter

verstorben ist.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. d. M., nachmittags 2¾ Uhr, vom Trauerhause, Wollankstraße 91, aus auf dem Neuen Friedhof am Kommunikationsweg statt.

Um rege Beteiligung ersucht

18669 **Der Vorstand.**

Freie Kranken- und Sterbekasse für Anhänger des Naturheilverfahrens

(Eingeschr. Hilfsk. No. 115 Magdeburg.)

Filiale Berlin-Norden.

Hiermit unsren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Bauer

Herm. Büttner

Sonntagnacht nach längerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause Moabit aus statt.

Um stilles Beileid bittet

292/14. **Die Verwaltung.**

P. Siegesmund,

Uhrmacher, [17465

Naunynstrasse 80,

empfiehlt sein Lager in Regulateuren, Wand-, Taschenuhren und Ketten zu billigsten Preisen. Reparaturen unter Garantie gut und billigst. Lager von Gold- und Silberwaren.

Lager in **fertiger Herren- und Knaben-Konfektion.**

Billige Preise.

Deutsche Herren-Moden

Max Rosner, Schneidermeister

Bergstrasse 30/31. RIXDORF Bergstrasse 30/31.

Anfertigung eleganter Herren-Garderobe.

Eigne Werkstatt im Hause. [2550L*] Eigne Werkstatt im Hause.

Specialität:

Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Feste Preise.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Milchgeschäfts-Einrichtungen, als Milchkübel, Milchkannen, Milchsiebe 2c. billigst bei Jordan, Kleine Markusstraße 28. 8938*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9068*

Stoffe, Herrengarderobe, wegen Aufgabe billig zu verkaufen Neanderstraße 25. 1674b*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. [9242*

Möbel-Gelegenheit Beim Auktionator Otto Lidecke, Mückenstraße 25 (Bahnspeicher), stehen zum spottbilligen Verkauf neue gediegene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Posten Säulentrumeaux 30,00, Salonteppiche 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Muschelschränke, Salongarnituren, Paneelsofas, Ruhebetten, Büffets, Schreibtische, Bücherschränke, Salonbilder, gestickte Uebergardinen, Trumeaux, Stores, Steppdecken, Salonuhren, Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gekauftes lagert unentgeltlich. [9132*

Ausverkauf: Knabenanzüge, Knabenpaletots, Mädchenkleider, Mädchenmäntel allerbilligst. O. Hoffmann, Veteranenstraße 14. 8738*

Rosenberg, Kottbuserdamm 93. Mädchenkleider, Mädchenjacken, Mädchenmäntel, enorme Auswahl. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 110/14*

Spottbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Leihhaus, Neanderstraße 6. 137/5*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Salmstraße 43, Hof Keller. 8576

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen. Bredereck, Engel-Ufer 20.

Heizapparate für Stuben 4,50, für Küche 1,75, Sebastianstraße 4. [*

Gasheizöfen! Sparsysteme! Sechs, Neun, Reflektorölen 13,00, Zweilochgaskocher 3,00, Dreilochgaskocher 9,00, geschlossene Gaskocher 10,00, Gasbratöfen 8,00, Gasplätteisen billig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße zwei und dreißig. 1101b

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nußbaum Kleiderspind, Muschelbett, Ausziehtisch, Stühle, verzugshalber billig. Pawlowsky, Planufer 89/90, Hof rechts. 1860b

Plüschsofa, wie neu, 50,00, eleganter Trumeauspiegel mit Stufe 40, Muschelspiegel 10, Kleiderschrank, Vertiko, alte Bettstelle mit Federmatratze 10,00, alte Kommode 10, Oelgemälde, Regulator, mehreres spottbillig, Gartenstraße 148, vorn I links. †136*

Seifengeschäft verkäuflich Naunynstraße 58. †14*

Nähmaschinen, preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landsbergerstraße „82", Köpnickerstraße 60/61 11218*

Halbrenner von Herrschaft wegen Auslandsreise spottbillig Ansbacherstraße 42, Portier. 18715

Paneelsofa, wie neu, 48, verkauft sofort mit Plüsch und Satteltaschen, Linienstraße 137, I rechts. 18625

Eßkartoffeln, Centner 1,75, Blumenstraße 49, Keller. 18635

Restauration, täglicher Umsatz 40—60 Mark, ganz billige Miete, verkauft Kollege Schulz, Heimstraße 2. 18709

Ringfreie Milch hat noch abzugeben Wittig, Königsbergerstraße 11. *

Nußbaum imitiert Bettstellen, Keilkissen und Matratze, Wrangelstraße 110, Geyer. †14

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau, Teltowerstraße fünfundvierzig. Eingabengesuche, Ratserteilung. 9215*

Rechtsbureau, Rechtshülfe, Eingabengesuche, Ratserteilung, Andreasstraße dreiundsiebzig. 1831b*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Stegligerstraße 65. 17405*

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends neun. 7672*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Kostümröcke von 5,00 an fertige nach Maß, jede Art Damenschneiderei elegant, billigst Schöneberg, Kaiser Friedrichstraße 15, Laden. 10735*

Kostümröcke von 5,00 an, fertige nach Maß. Jede Art Damenschneiderei elegant, billigst. Neanderstraße 25, parterre links. 16726*

Uhren repariert Fiabe, Putbuserstraße 45. †78*

Bücherankauf zu höchsten Preisen. Epstein, Markgrafenstraße 101. *

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b

Augustabad, Köpnickerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 7368*

50 Pfennige! Stellungsgesuche, Bittschriften! Strafaufschub! Allerbilligst: Rechtssachen, Unfallsachen, Berufungen, Ratserteilungen, Militärsachen. Linienstraße 36. 18685

Lesehalle! Neu eröffnet, lesen fünf Pfennig. Chausseestraße 121.

Vereinszimmer für Gesellschaften, 50 bis 80 Personen, zu vergeben Kommandantenstraße 16. 18615

Bauhandwerker! Mein Wasserwagen-Geschäft befindet sich jetzt: Neue Roßstraße 8, Julius Raydöft. [1851b*

Zeugen, welche gesehen haben, wie am Sonnabend früh 6¾ Uhr an der Straßenbahn-Haltestelle Engel-Ufer, Ecke Köpnickerstraße, ein Mann von einem Polizeikutscher umgefahren wurde, werden höflichst gebeten um Angabe ihrer Adresse an Hellmuth Radue, Friedrichshagen. 18725

Vermietungen.

Großer schöner Keller mit vielen Räumlichkeiten, passend für Milchgeschäft, Bierverlag 2c. zu vermieten. Fehrbellinerstraße 45. 9048*

Zimmer.

Teilnehmer für mein gut möbliertes Ballonzimmer gesucht. Frau Jacoby, Colbergerstraße 26, vorn III.

Möbliertes Zimmer, 1—2 Herren, vermietet Bielfeld, Kleine Alexanderstraße 32 I. 143/16

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herrn, separat, 7,50. Grüner Weg 70, vorn III links. 18595

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Feingebildeter junger Mann, Schriftsteller und gewandter Redner, der vier Sprachen (Französisch, Englisch, Spanisch und Russisch) beherrscht und im Rechtswesen bewandert ist, sucht die Redaktion eines socialdemokratischen Blattes zu übernehmen. Eventuell würde gleichartige Stellung in andrer Sparte angenommen. Gefällige Offerten wollen unter Angabe der Gehaltsbezüge und Kündigungs-Bedingungen an Ludwig Kaul, Speier (Rhein), gerichtet werden. 18566

Strzelewicz-Gesellschaft, Pankow, Wollankstraße 111. Noch frei: Totensonntag, zweiten Weihnachtsfeiertag-Abend, 28. und 29. Dezember, sowie ersten Weihnachtsfeiertag, Matinee.

Junger Mann möchte Bügeln lernen. Nähere Bedingung erwünscht. Urbanstraße 65, Lohner. 18665

Binder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, K. Gläser. *

Suche Waschstellen. Annenstr. 2, vorn 4 Treppen bei Jöllner. [1293*

Rentenempfänger, 30, sucht irgend eine Beschäftigung bei bescheidenen Ansprüchen. Offerten erbeten K. L. Postamt 22.

Stellenangebote.

Dirigenten zum Dienstag (erste Kraft) sucht Gesangverein. Rixdorf, Wihmannstraße 10. 18676

Dirigenten sucht Männergesangverein. Persönliche Meldung Donnerstag-Abend 9 Uhr, Restaurant Harmel, Görlitzerstraße 75. 1855b

Farbigmacher verlangt Max Leonhard, Schlesischestraße 31. [1864b

Rahmenkröpfer verlangt Schultze, Oranienstraße 185. 1857b

Maschinensticker und Fädlerinnen gesucht, sucht Carl Birn, Dresdenerstraße 88/89. 138/6

Tüchtige Farbigmacherinnen finden dauernde Beschäftigung bei Baer, Gollnowstraße 43. 1854b

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.